



NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

TATblatt

Projekt
Wochentageszeitung

14 Tage
monatlich

MINUS 42 NUMMER

(15/91)

17. OKTOBER 1991

Preis: öS 10,—



Greift ein!

Schaut nicht länger weg! Wehrt Euch gegen rassistische und faschistische Überfälle!

Hoyerswerda

Der Name der Stadt in Sachsen ist seit Mitte September zum Begriff geworden. Hoyerswerda, für viele Menschen ohne "deutsche" Staatsangehörigkeit ein Begriff, der es mühelos mit Verniedlichungen wie "Reichskristallnacht" aufnehmen kann.

Hoyerswerda: Eine Chronik samt Stadtführung...

(TATblatt-Wien)

Der 17. September könnte ein Tag sein, der in die Geschichte eingeht. An diesem Tag zogen erstmals mehrere Hundert "Deutsche" organisiert vor ein Wohnheim für Menschen aus Mozambique und Vietnam, um die BewohnerInnen zu vertreiben.

Überfälle und Angriffe mit Steinen, Leuchtspurnmunition oder Mollis hatte es auch schon zuvor gegeben. Die Zeitschrift "Blick nach Rechts" zählte zwischen Ende Februar bis Mitte August 1991 an die 40 gut dokumentierte Angriffe auf Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Und auch organisierte Aktionen hatte es schon vor Hoyerswerda gegeben (siehe z.B. in dieser Ausgabe den Bericht über Herrn Polacek, der uns demnächst mit seiner Anwesenheit beglücken möchte). Aber noch selten konnten Angriffe auf "AusländerInnen" unter derartiger Beteiligung und mit derartiger Unterstützung der "Bevölkerung" durchgeführt werden.

Erst am dritten Tag der allgemeinen Menschenhatz schreitet die Polizei ein und postiert eine Hundertschaft vor dem Wohnheim in der Albert Schweitzer Straße.

Lehre der abendlichen Straßenschlacht: In der Albert Schweitzer Straße geht nichts mehr. Die AngreiferInnen müssen sich ein neues Ziel suchen! Die Angriffe verlagern sich in die Thomas Müntzer Straße. Dort steht ein Wohnheim für Asylsuchende.

Auch dort haben die Menschen bereits rassistische Angriffe erlebt, aber niemals in der Intensität, die sie zwischen Freitag, dem 20.9. und ihrer "Evakuierung" am 24.9. aushalten mußten.



Hoyerswerda...

...ist eine Kleinstadt mit 70 000 EinwohnerInnen in der Nähe von Cottbus in der ehemaligen DDR. Hoyerswerda ist eine "Kunststadt", die in mehreren Zuwanderungsschüben von einem Dorf in eine Stadt mit 75% Beton-Neubausiedlungen verwandelt wurde.



Die Stadt wurde als Arbeiterschlafstelle für die im nahen Braunkohleabbau Beschäftigten geplant, d.h., daß fast 70% der in Hoyerswerda wohnenden Menschen direkt, der Rest indirekt vom Braunkohleabbau leben. Wer jetzt ein Requiem von Beton, Tristesse und "sozialer Verwahrlosung" erwartet, irrt: Braunkohle ist zur Zeit die einzige Möglichkeit der sogenannten fünf neuen Bundesländer, zu relativ billiger Energie zu kommen. Ex-DDR-Braunkohle ist Exportschlager und Lieblingsbrennstoff der Ex-DDR-BürgerInnen zugleich. Absatzschwierigkeiten gibt es keine (sehrwohl jedoch Umweltvergiftung durch die stark Schwefelhaltige Braunkohle!)

Die Arbeitslosigkeit im Raum Hoyerswerda beträgt nur etwa ein Viertel des DDR-Schnitts, nämlich unter 7%. Und obwohl in den nächsten Monaten etwa 5000 Arbeiter des Kohlewerks entlassen werden sollen, brauchen sich die Menschen von Hoyerswerda nicht vor Arbeitslosigkeit fürchten: Die Entlassungen betreffen in erster Linie Arbeiter aus Vietnam und Mozambique wie eben jene, die in der Albert Schweitzer Straße angegriffen wurden.

Die Arbeiter ohne deutsche Staatsangehörigkeit müssen allesamt die Stadt bis Anfang Dezember verlassen. Die so frei werdenden Arbeitsplätze und

Wohnungen sollen dann mit deutschen Herrenmenschen aufgefüllt werden, denn Wohnungsnot, die ist in Hoyerswerda sehrwohl ein Problem, seitdem die Mieten sich nach der "Wiedervereinigung" etwa verzweifelt haben.

Als Tatsache....

...muß wohl zur Kenntnis genommen werden, daß die rassistischen Überfälle zwar vielleicht von 50 Skins aus Cottbus initiiert worden sein mögen, daß sie aber bei den NachbarInnen des Flüchtlingsheims auf begeisterte Zustimmung trafen. Letztendlich wirkt Hoyerswerda, der Auftakt zu einer irren Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, wie eine inszenierte Sache. Nichts ergibt Sinn, außer in der Politik....

"Asyldebatte"

In der BRD wird gerade eine "AusländerInnendebatte" ähnlich der österreichischen geführt. Die Ereignisse von Hoyerswerda haben Druck gemacht, vor allem auf jene, die eine Verschärfung des Asylrechts nicht zulassen wollten oder konnten, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Hoyerswerda hat zu einer schnellen Lösung der "Asylfrage" geführt. Flüchtlinge sollen in Zukunft in 6 Wochen abgefertigt und nach Hause geschickt werden.

Besondere Lorbeeren haben sich in diesem Zusammenhang die deutschen Grünen verdient. Als letzte irgendwo relevante Bundestags-Partei (die PDS zählt eh nicht) gab sie ihren sanften Widerstand gegen rassistische "Ausländerbegrenzung" auf und machte von sich aus Vorschläge für ein "Einwanderungsgesetz".

Mittels Punktesystem wollten die Grünen "objektiv" ermitteln lassen, ob einE "AsylwerberIn" oder ein "Wirtschaftsflüchtling" (die Worte sind direkt aus den Aussendungen der Grünen entnommen) in der BRD bleiben darf oder nicht. Ausschlaggebend sollen Wohnungs- und Arbeitsmarkt in der BRD sowie Ausbildung, Deutschkenntnisse oder politische Verfolgung der oder des Asylwerberin/s in der "Heimat" sein. Ein Zusatzantrag verschreckter Linksgrüner, wonach es trotz Punktesystem zu keiner Beschränkung des Aufenthaltsrechts für AusländerInnen kommen darf, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Asylpolitik

Wie und unter welchen Umständen AsylantragInnen in scheinbar Großdeutschland (und sicher nicht nur dort) leben müssen, zeigen folgende Punkte, die von verschiedenen Menschen zusammengestellt wurden nachdem sie AsylantragInnen in "deren Heim" in Gerstungen/DDR besuchten.

(direkte Aktion)

1. Die ärztliche Betreuung ist unzureichend. Arztbesuche sind nur sehr selten und die Behandlung der PatientInnen erfolgt sehr oberflächlich, mit kleinstmöglichem Zeitaufwand. Oft müssen die Erkrankten mehrere Tage auf den Arzt warten.

2. Die Benutzung des Telefons im Heim ist für Privatgespräche der AsylwerberInnen ausgeschlossen.

3. Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Erwachsene stehen nicht zur Verfügung. Es gibt keinen Kinderspielfeldplatz und auch keine Einrichtungen, um selbstständig etwas fertigen zu können (Werkstätten etc.) oder Sport zu treiben.

4. Die BewohnerInnen erhalten DM 255 Mark pro Monat für ihren Lebensunterhalt, während der Satz für AsylwerberInnen in den alten Bundesländern bei 450 Mark pro Monat liegt. Die Lebenshaltungskosten sind weitestgehend gleich.

5. Es gibt keine kontinuierliche soziale Betreuung. Hilfestellung bei der Bearbeitung von behördlichen Anträgen und bei der Verständigung findet nicht statt, außerdem sind die zuständigen Behörden 15 km entfernt. Die Fahrtkosten müssen selbst ge-

tragen werden.

6. Es bestehen keine Fortbildungsmöglichkeiten. Sprachkurse werden nicht angeboten. Die Kinder haben keine Möglichkeit zur schulischen Weiterbildung.

7. Die Ungewißheit über den Stand der laufenden Asylverfahren erzeugt großen psychischen Druck.

8. Die hygienischen Zustände sind unzumutbar und die Zimmerverteilung menschenverachtend. Die Duschen, die zur Hälfte defekt sind, können am Tag nur zweimal benutzt werden (9.00h bis 10.30h und 17.00h bis 19.00h), wobei eine Heißwasserversorgung lediglich für die ersten 5 Minuten der jeweiligen Perioden ausreicht. Für 150 Männer, Frauen und Kinder gibt es zwei Toilettenräume mit einmal 4 und einmal 2 Toiletten, die gemischt benutzt werden müssen.

9. Auf durchschnittlich 12 Quadratmetern leben 3 bis 4 Personen, wobei Bekleidung, Bettwäsche und Lebensmittel jeweils in einem Minischrank untergebracht werden müssen.

10. Von den zwei vorhandenen Gebäuden ist nur eines mit einer Küche ausgestattet. Das hat für einen Großteil der BewohnerInnen lange Laufwege zur Folge.

Redebeitrag eines Angolaners, der aus Hoyerswerda vertrieben wurde, auf der Demo am 29.9.91

(interim)

Vier Monate haben wir in eurem Ort gewohnt, hier in Hoyerswerda, und wir haben hier keine Freundlichkeit vorgefunden. Wir wurden hier mißhandelt, das sage ich. Ihr habt uns nicht in die Diskos reingelassen, auch die Kaufhäuser habt ihr uns nicht betreten lassen. Wir wurden hier immer verfolgt, provoziert, und einige von uns wurden zusammengeschlagen und ausgeraubt.

Wir haben mitbekommen, daß es den anderen hier ebenso erging, wir kamen aus vielen verschiedenen Ländern, aus Angola, aus Vietnam. Und einer der Vietnamesen wurde brutal überfallen. Wir haben gehört, daß dieser Vietnameser an seinen Verletzungen gestorben ist. Der Grund für all das liegt an der Einstellung vieler Leute in Hoyerswerda: Und mit dieser Einstellung werdet ihr nicht weiterkommen.

Wir hoffen wirklich, daß ihr eure Einstellung ändert, und ihr solltet dann ein deutliches Zeichen setzen, wenn ihr umgedacht habt. Ganz Hoyerswerda soll mitbekommen, wenn ihr bereit seid umzudenken. Wir meinen nämlich, daß es noch immer so etwas gibt wie Würde und ein Wissen darüber, wie menschlich in einer Gesellschaft zusammenlebt. Wir denken, daß euer Volk eigentlich Erfahrung haben müßte im menschlichen Umgang miteinander, und daß ihr das hinkriegen müßt.

Ich weiß nicht, wie ihr das Problem lösen wollt, daß ihr diese Hatz auf uns gemacht habt. Ich weiß nicht, ob ihr Spaß daran hattet uns Flüchtlinge hier zu attackieren. Ich hoffe nur, daß sich eure Einstellung ändert. ●

Offener Brief an meine MitbürgerInnen! Betrifft: Überfall auf AsylantragInnenheim in Wurzen bei Leipzig

(Medienzentrum)

Bitte entschuldigen Sie, daß ich aus Furcht vor Racheakten meinen Namen verschweige. Ich bin der Vater einer der Jugendlichen, die in der Nacht zum 24. August 1991 das AsylantragInnenheim in Wurzen bei Leipzig überfallen haben. Die deutsche Presse spricht von "Neonazis" oder "sozialem Neid". Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Anfang August erschien ein Wessi in einem roten Porsche bei uns im Ort, und bot den Jugendlichen ein rosa Pulver mit dem Namen "Kreck" (Anm. Tip.: gemeint ist wohl Crack) an. Acht Jugendliche wurden seine Opfer, darunter auch mein arbeitsloser Sohn. Das Heupferd wurde abhängig! Der Fremde schrieb den Jugendlichen zwei Zettel in Rumänisch und Arabisch und trug ihnen auf, diesen Zettel den AsylantragInnen vorzulegen. Das taten sie auch, und jeder von ihnen - auch die Kinder - zahlten ein "Schutzgeld" von 50 Mark.

Dann kam der Tag, an dem die AsylantragInnen nicht mehr zahlen wollten. Dreißig Jugendliche bewaffneten sich und rotteten sich zusammen. Sie wollten den AsylantragInnen "eine Lehre erteilen". Unsere ausländischen MitbürgerInnen suchten das Weite. Der Rauschgifthändler hatte ganz gut an unseren Steuergeldern verdient: Etwa 3000 Mark wanderten in seine Tasche!

Mein Sohn, mein einziges Kind, hatte zuvor einen Rumänen mit dem Messer verletzt! Nie zuvor hatte es sowas in unserer Familie gegeben. Ich machte ihm heftige Vorwürfe deswegen. Mein Sohn konnte mit seiner Schuld nicht mehr leben und erhängte sich in unserem Haus. Ich habe das Haus verkauft und bin zu Verwandten in das Ruhrgebiet gezogen.

Bevor wir demnächst in deutscher Überheblichkeit mit dem Finger auf die "rauschgifthandelnden Wirtschaftsflüchtlinge" zeigen, laßt uns erstmal vor der eigenen Türe kehren!

In deutscher Scham ein trauernder Vater.

NEONAZI DEMONSTRATION IN GRAZ

(Tb Wien)

Die beiden österreichischen Neonazi Granden Gerd Honsik (HALT) und Gottfried Küssel (VAPO) riefen am 5. Oktober zu einer Demonstration gegen die Inhaftie-

blätter mit nationalsozialistischen Inhalten in Graz verteilte und in U-Haft gesteckt. Der Plan, ihn in psychische Behandlung zu überstellen, wurde vom Staatsanwalt wieder fallen gelassen. Franz Radls Name

einigen Wiener Schulen verteilten faschistischen SchülerInnenzeitung GÄCK) auf. Er war auch ein Spitzenkandidat der von der Nationalratswahlbehörde nicht zugelassenen Liste "Nein zur Ausländerflut", deren

Aufkleber mensch immer wieder in Wien runterreißen muß. Die Grazer Behörden verboten zwar die Demonstration, trotzdem versammelten sich rund 60 Neonazis älteren und jüngeren Semesters vor dem Grazer Landesgericht. Sie kamen aus ganz Österreich, so fuhr auch ein Bus von Wien nach Graz. Die Neonazis forderten die sofortige Freilassung Franz Radls und trugen ein Transparent mit der Aufschrift "Ausländer raus" mit sich. Als Honsik zu sprechen beginnen wollte, griff die bis dahin ruhige Polizei ein, dabei wurde ein Polizist verletzt, und einer der Neonazis verhaftet. Gegen die beiden Organisatoren Küssel und Honsik wurde Anzeige erstattet danach wurden sie in ihre Busse zurück verfrachtet.



zung ihres Kameraden Franz Radl im Grazer Landesgericht auf.

Franz Radl wurde verhaftet als er Flug-

tauchte immer wieder im Impressum von gaskammerleugnenden und ausländerInnenfeindlichen Schriftwerken (z.B. in der an

Aktionen von AntifaschistInnen sind uns nicht bekannt.

Faschisten greifen Rosa Lila Villa und Beisel "KUKU" an !!

(einige Antifas)

Am Samstag (28.9.) griffen etwa 15 Faschisten, welche mensch der Hooliganszene zurechnen kann, gegen 23.30 mit Leuchtspur und Prügeln zuerst die Villa (ein wichtiges Zentrum für schwule Männer und lesbische Frauen in Wien) und später das KUKU (ein linksalternatives Konsumbeisel) an. Beide Lokale liegen dicht nebeneinander auf der linken Wienzeile.

Zuerst kam die Villa an die Reihe. Die Faschisten schlugen vor der Villa eine Frau nieder, die sich zufällig auf dem Gehweg befand. Dann schlugen sich noch eine Autoscheibe ein und schossen mit Leuchtspur in Richtung KUKU. Dann stürmten sie los um das KUKU zu stürmen, fanden dort aber eine versperrte Tür und dahinter einige entschlossene Antifas vor. Als die Leute dann aus dem KUKU rausstürmten, hauten die Hooligans sofort ab. Dafür kam die Polizei und bezog mit einem Streifenwagen Stellung vor der Villa, und nahm den "Sachverhalt" auf. Die weitere Nacht verlief ruhig.

Warum jetzt auch die Villa und das KUKU?? Diese Frage kann mensch fast leicht beantworten. Denn das Ganze fing am Samstag (14.9.) an, als etwa 20 Hools ins KUKU kamen und "das Gespräch mit den linken BeiselbesucherInnen suchten um Meinungen auszutauschen": Sie wurden aber von einigen BesucherInnen und dem Bardienst rausgeworfen, doch einige Leute ließen sich doch auf ein "Gepräch" ein und gingen mit den Hools auf die Straße. Am Freitag (27.9.) kamen sie wieder, und wieder ließen sich einige BesucherInnen auf "den Meinungs austausch" ein. Doch gab es auch einige andere Gäste die es nicht dulden konnten, daß sich Faschisten in "ihrem" Lokal aufhalten und sogar bedient werden. So warfen einige antifaschistische BesucherInnen die Hools energisch raus. Denn sie wollten nicht mit ihnen an einem Tag reden und am nächsten Tag vielleicht selbst von ihnen verprügelt werden.

Flex

(TATblatt Wien)

Der Eigentümer des Hauses in der Arndtstraße, in welchem sich das Flex befindet, hat nach den Berichten in den bürgerlichen Medien (siehe Tb 43) nicht nur die Hausfassade übermalen lassen sondern auch die fristlose Kündigung für den Nutzungsvertrag ausgesprochen. Die Kündigung ist aber noch nicht rechtlich durch, falls sie doch einmal durchgehen sollte, werden die BetreiberInnen ein Verfahren einleiten, welches sehr lange dauern könnte. Das Fascholoal ist seit einigen Wochen geschlossen und Faschoskins treiben sich auch nicht mehr in der Gegend herum.

Einige Zeilen aus einer Aussendung der Flex-Crew:

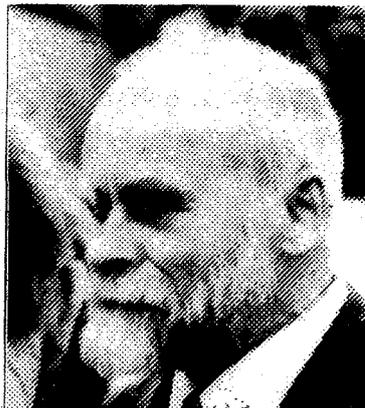
Was immer mit dem Flex passieren wird, unsere Bemühungen gehen seit längerer Zeit dahin, ein geeigneteres Objekt für unsere Aktivitäten zu finden. Ein Objekt, das mehr Raum für saubere Klos und unabhängige Initiativen bietet, und das unseren Vorstellungen von einer funktionierenden Subkultur entspricht. Wir werden es finden. Es gibt kein Entkommen. ●

Der österreichische Faschist Carl Polacek wird Anfang November wieder nach Österreich Kommen !!!

Der aus Österreich stammende ehemalige Schiffselektriker und "Kreisvorsitzender" der FAP wurde vom niedersächsischen Innenminister aus Deutschland ausgewiesen. Er muß das Land bis Anfang November verlassen. Der Hauptgrund dafür ist der Mord an ALEXANDER SELCHOW, der in der Silvesternacht 90/91 in Göttingen von Naziskins aus Polaceks Umfeld begangen wurde. Alexander wurde von ihnen durch mehr als 10 Messerstiche und Fußtritte regelrecht "abgeschlachtet." Die Mörder stammen aus Polaceks Schutzstaffel, Mitglieder dieser Schutzstaffel durften für 1400 Schillinge pro Monat Polacek bewachen und die "Drecksarbeit" durchführen. Dieser Mord steht am Ende einer Kette von faschistischen Terroraktionen die von Polaceks Haus, einem Zentrum der faschistischen FAP in Göttingen ausgingen.

So wurden in seinem Haus Bomben gebastelt und Angriffe ("Jagten") auf AntifaschistInnen und MigrantInnen geplant. Bei solch einer Schlägerei verletzte Polacek eine

Antifaschistin mit einer Axt schwer. Und im Verlauf einer Demo in Göttingen gegen



Karl Polacek

den offenen faschistischen Terror Polaceks wurde die Antifaschistin CONNY WESSMANN von Polizisten vor ein Auto getrieben und starb sofort.

Die FAP (Freiheitliche Arbeiter Partei)

ist die größte militante faschistische Partei Deutschlands. Ihr an den Folgen der Immunschwäche AIDS verstorbener Führer Michael Kühnen trat offen für die Legalisierung der NSDAP ein, und bekannte sich zu militanten Rassenhaß. Der Wiener Gottfried Küssel (Führer der österreichischen VAPO - Volkstreue außerparlamentarische Opposition) übernahm nach seinem Tod eine der Schlüsselpositionen der FAP und deren faschistischer "Unterparteien", und ist (bzw. war - da seit einigen Wochen ein Einreiseverbot für Deutschland über ihn verhängt wurde) besonders im Gebiet der ex-DDR tätig. Aber er war auch in Österreich an Bombenanschlägen und faschistischen Demonstrationen beteiligt.

Wir müssen damit rechnen das Polacek nach Österreich kommt, obwohl keine Kontakte zu "heimischen" Naziorganisationen bekannt sind. Und er wird sicher nicht untätig in Österreich bleiben, zuviel Faschismus hat er in seinem Kopf.

... die aus reiner Zerstörungswut handeln...

Polizeigewalt und Widerstand in Frankfurt am Main

(TATblatt-F1M)

Am Samstag, dem 21. September, wurde im Frankfurter Stadtteil Bockenheim ein leerstehendes Haus besetzt. Während der darauffolgenden Räumung schoß die Polizei — wie mehrere AugenzeugInnen bestätigen — auf BestzerInnen und UnterstützerInnen der Aktion.

Da gleichzeitig in unmittelbarer Nähe des Tatortes ein Straßenfest des "Dritte Welt Hauses" und ein Konzert im Autonommen-Cafe "Exzess" stattfand, muß von Glück gesprochen werden, daß keineR von den sich zurückziehenden BesetzerInnen, den zahlreichen PassantInnen und den BesucherInnen der Feste verletzt oder getötet wurde. (Zur Erinnerung: Am 21. September 1981 — auf den Tag genau zehn Jahre zuvor — wurde in Berlin Klaus-Jürgen Ratay von der Polizei in den Tod getrieben, nachdem auf betreiben des Senats acht besetzte Häuser gewaltsam geräumt worden waren.)

Das "Exzess" nimmt zu den Ereignissen um die Hausbesetzung in folgender Weise Stellung: "Während die Polizei zur gleichen Zeit in anderen Städten tatenlos zusieht, wie Deutschnationale ausländische Menschen überfallen, ermorden und ihre Wohnräume belagern und anzünden, verteidigt sie in Frankfurt leerstehende Häuser mit der Waffe! Ist das die Umsetzung der Ankündigung des Oberbürgermeisters von Schöler, keine Hausbestzungen mehr zu dulden ??

Anstatt die eindeutig Verantwortlichen zu benennen (Einsatzleiter, Scharfschütze), drehte der Polizeibericht die Realitäten um: "Es wird eine Initiative von Menschen gegen anwachsende Wohnraumnot für Schußwaffengebrauch verantwortlich gemacht, sowie eine Kulturveranstaltung des "Cafe Exzess" als Ausgangspunkt für die Ereignisse festgestellt."

Doch es blieb nicht bloß bei verbalen Verurteilungen des Polizeieinsatzes: In der Nacht vom 25. auf den 26. September griffen 30 Vermummte ein Polizeirevier in Bockenheim an. Während einer 15-Sekunden-Attacke wurden faustgroße Steine gegen die Hausfront geworfen und Leuchtmunition abgeschossen. Trotz massivem Fahndungseinsatz konnte die Polizei keine Verdächtigen ausmachen. Gingen die Gesetzeshüter in dieser Nacht noch leer aus, so schlugen sie ein paar Tage später umso heftiger zu. Nach einer Kundgebung und einem Konzert am Samstag, dem 28. September, "gegen alles, was uns stinkt" — gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Wohnungsnot und Bullenterror — entschlossen sich 200 bis 300 Leute spontan zu einem gemeinsamen Marsch durch die Frankfurter Innenstadt. Nachdem im Bonzen-Viertel Reifen von Luxusautos aufgestochen und einige Fenster des iranischen Konsulats und der Banco del Napoli entglast wurden, kam es, wie es kommen mußte: trotz offizieller "Deeskalierungs"strategie — zur Kundgebung verteilten PolizistInnen sogar Flug-

blätter mit Anti-Gewalt-Appellen — erfolgte bei der Universität der Groß-Prügel-Einsatz, bei dem nicht nur zahlreiche DemonstrantInnen verletzt, sondern auch ein Iraner und ein Frankfurter verhaftet wurden. Später rechtfertigte der Polizeipräsident das brutale Vorgehen gegenüber der Presse einmal mehr mit dem Verhalten der DemonstrantInnen: auch die beste "Deeskalierungs"taktik könne nicht funktionieren, wenn Leute unterwegs seien, die "aus reiner Zerstörungslust handeln."

Angesichts der Härte polizeilicher Ein- und Übergriffe und einer Menschenverachtenden Bau- und Sanierungspolitik zeigt dies ein weiteres Mal, wie Tatsachen verdreht und ausgeblendet werden. (Aber das Fact ist ja richtig. Es wird nur die Tatsache "ausgeblendet", daß die Leute, die "aus reiner Zerstörungslust handeln," eine Uniform tragen und vom Staat bezahlt werden. d'tipper)

Nichtsdestotrotz geht auch in Frankfurt am Main der Kampf gegen die HERRschenden "Ordnungen" weiter: gegen den AusländerInnenhaß und die "Rechtsstaats"politik, die diesem Vorschub leistet, und für eine Selbstbestimmung des Wohn- und Lebensraumes!

In einem der nächsten Tatblätter wird ein längerer Artikel zur sozialen Situation der Menschen im alten/neuen Großdeutschland erscheinen, wenn's wahr is. Nämlich insbesondere zur Lage des Wohn und Arbeitsmarktes.

Österreich:

Verstärkte Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz

Sozialversicherungs"schonende" geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nehmen deutlich zu. Diese stellen eine spezifische, fast ausschließlich Frauen vorbehaltene und diskriminierende Arbeitsform dar.

(Quellen: kontraste 9/91, was lefft)

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, als solche, deren Entgelt unter 2.772,- Schilling liegt, werden zunehmend zu einem fixen Bestandteil der Beschäftigungspolitik von Unternehmen. Innerhalb von fünf untersuchten Jahren hat sich die Zahl dieser meist prekären Arbeitsverhältnisse um rund ein Drittel erhöht. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß für sie nur Unfallversicherungspflicht aber keine Verpflichtung zur Kranken- und Pensionsversicherung besteht, sowie auch keine Arbeitslosenversicherung gegeben ist.

Diese Beschäftigungsverhältnisse, die nicht immer freiwillig und oft auch ohne weitere soziale Absicherung eingegangen werden, betreffen in hohem Ausmaß Frauen. Die Daten der Unfallversicherung zeigen, daß 70% der geringfügig Beschäftigten sich auf neun Wirtschaftsklassen verteilen, mit Konzentration auf den Einzelhandel.

Um Kollektivlöhne zu umgehen, werden

die Beschäftigten nicht als ArbeiterInnen sondern als Angestellte beschäftigt; das Angestelltengesetz gilt aber nicht, wenn die Beschäftigung unter acht Stunden wöchentlich liegt, und das ist diesen Arbeitsverhältnissen die Regel. So sind die Beschäftigten von wesentlichen ArbeitnehmerInnenrechten ausgeschlossen und das Entgelt bleibt "ortsüblich". Das sind in manchen Betrieben auch im Jahr 1991 sogar noch (rechtswidrige) Naturallöhne.

Die Teilzeitarbeit in der BRD zum Vergleich: RichterInnenurteil für Frauen

In der BRD arbeiten ca. 2,3 Millionen Menschen in sog. "ungeschützten Arbeitsverhältnissen", d.h. unterhalb der 480 Mark-Sozialversicherungsgrenze. 80 bis 90% dieser Teilzeitarbeitsplätze sind von Frauen besetzt. Geringer Lohn, keine Rente im Alter, kein Anspruch auf Arbeitslosen- und Krankheitsgeld ist der Preis, den

die Frauen zahlen müssen, wenn sie in Teilzeitarbeit, die unterhalb der 480 DM-Grenze liegt, beschäftigt sind.

Das BRD-Lohnfortzahlungsgesetz schließt bis jetzt ArbeitnehmerInnen, die weniger als 10 Stunden pro Woche bei einem Höchstverdienst von 480 DM arbeiten, von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aus.

Jetzt sprach eine Richterin des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg ein klares Urteil zugunsten der Betroffenen: Das BRD-Lohnfortzahlungsgesetz verstößt eindeutig gegen den Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Das Gericht sieht darin eine klare Diskriminierung von Frauen.

Nun warten natürlich alle gespannt darauf, daß die BRD ihr Lohnfortzahlungsgesetz ändert (na, was heißt denn das für Österreich ???; Anm. d. Tipplers).

Kärntner Stasi

Kärntner ArbeitnehmerInnen müssen befürchten, in ihrer Freizeit observiert zu werden. Die Arbeiterkammer ergreift Maßnahmen dagegen.

(Quelle: kontraste 9/91)

Recherchen der Kärntner AK haben ergeben, daß Arbeitgeber Detektivbüros zur Überwachung ihrer MitarbeiterInnen im Krankenstand und in der Freizeit einsetzen. Überprüft wird vor allem, ob sich die MitarbeiterInnen während ihrer Abwesenheit von der Arbeitsstätte "unternehmensschädigend" verhalten, z.B. durch Pfuscharbeiten.

Die "Spione" gehen dabei nahezu in James Bond Manier ans Werk: Sie verfolgen die zu Observierenden auf Schritt und Tritt, fertigen Photos und Videofilme an, aus denen dann Unterlagen als Grundlage für fristlose Entlassungen angefertigt werden.

Gearbeitet wird auch im Sinne von Agents provocateurs, d.h. daß die Detektive als Private getarnt ArbeitnehmerInnen bekriegen, ihnen doch z.B. ausnahmsweise eine kleine Ausbesserungsarbeit an ihrem Fahrzeug vorzunehmen. Aufgedeckt wurden diese Praktiken durch die Kärntner AK im Zuge eines Rechtsbeistandes anlässlich einer fristlosen Entlassung, die ausgesprochen wurde, obwohl die Pfuscharbeit gar nicht ausgeführt, sondern lediglich zugesagt worden war.

Diese neue Form der Personenüberwachung wird von den Detektivbüros sogar per Inserat angeboten bzw. durch direkte Schreiben an die Betriebe. Die AK prüft jetzt, wie ArbeitnehmerInnen vor solchen Bespitzelungen gesetzlich in Schutz genommen werden können.

HausbesitzerInnen als Blockwarte

(Arge Daten)

In Zukunft sollen Haus- und WohnungsbesitzerInnen den Meldetzettel ihrer MieterInnen unterschrei-

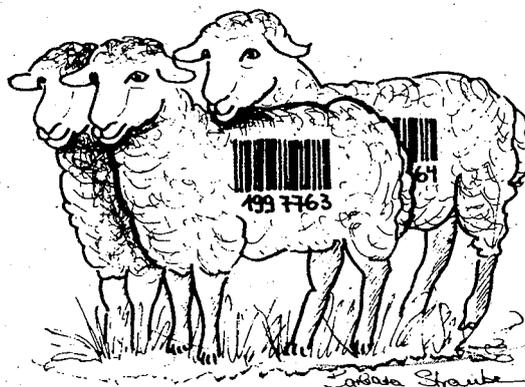
Vorwand der Meldedatenkontrolle kann einE HausbesitzerIn in beliebiger Weise in den Mietwohnungen schnüffeln."

Meldeevidenz widerspricht modernem Demokratieverständnis

Dr. Hans G. Zenger: "Die Arge Daten bekennt sich zu jeder sinnvollen Bevölkerungsevidenz. Sie lehnt daher die vorgelegte Meldeevidenz ab, da ihr eine Zweckbildung, wie sie im Datenschutzgesetz vorgesehen ist, fehlt. Es besteht

die Gefahr, daß diese Evidenz, zu einem datenschutzrechtlichen Selbstbedienungsladen allzuvieler Behörden wird.

Anm.Tb.: Wir haben uns freundlicher Weise erlaubt die wohl vergessenen weiblichen Formen anzuhängen!!



ben und auch die Richtigkeit der Meldeangaben in ihren Häusern kontrollieren. Das bedeutet einen unzumutbaren Eingriff in die Privatsphäre. Rudolf Vymazal, Arge Daten: "Alle MieterInnenorganisationen müßten sich vehement gegen derartige Beschneidung von MieterInnenrechten wehren. Unter dem

TATblatt-VOLKSVERZÄHLUNGSECKE

VOLKSZÄHLUNG '91

SPÄTE REUE

(Selbsthilffront reuiger VolkszählungsbedürftigerInnen)

Vorweg: Auch wir haben unsere Volkszählungsbögen nicht abgegeben, und uns gedacht, daß ein paar läppische hundert Seiten Argumentation ausreichen, um eine solche Greuelthat zu erklären und zu begründen. Doch heute wissen wir, wir haben geirrt, gefehlt und versagt.

Es geht nicht an, immer nur "Nein" zu allem zu sagen, immer nur alles verhindern zu wollen, immer nur Sand im Getriebe sein zu wollen, bloß weil es um ein bißchen Überwachungsstaat, ein bißchen Menschenauhorchung, ein paar Menschenrechte oder das — ohnehin angeblich unwürdige — Leben und die — angeblich ohnehin nicht vorhandene — Freiheit irgendwelcher Minderheiten geht.

Heute glauben, ja wissen wir, sind wir überzeugt, daß wir mit unserem kurzsichtigen und darüberhinaus widerrechtlichen Boykott die Spielregeln des demokratischen Rechtsstaates, den wir fortan den unseren nennen wollen, denn der Staat, das sind wir alle, das sind du und ich, die Anna, und der Arthur, der Mathias N. und die Isabella R., (der Mohamad und die Leila natürlich nicht), also heute, da beklagen wir, daß wir die demokratischen Spielregeln unseres Rechtsstaates brutal verletzt haben. Meuchlings, gemein und asozial! Und das tut uns sehr, sehr leid.

Aus diesem Grund haben wir beschlossen, unsere Fehler, so gut es geht, wieder gut zu machen, und tätige Reue zu zeigen. Wir wollen unsere Volkszählungsbögen nicht mehr länger der behördlichen Willkür vorenthalten, und sie so bald als irgend möglich auf geeignetem Weg der Gemeinde Wien zukommen zu lassen (der Gemeinde Wien deswegen, weil wir aus Wien sind, in Wien leben, und hier ist unser Spital, die Schule, der Kindergarten, die Arbeit, die Wohnung, der Lebensmittelpunkt und unser Zuhause, und deshalb machen wir was wir wollen: wir halten

zu Wien!).

Auf der Suche nach der nächstbesten Gelegenheit, die Bögen abzugeben ohne dabei unnötige Umstände zu machen, trafen wir auf die Wiener Gemeinderatswahl am 10. November. Und darum werden wir unsere Bögen nun endlich — spät aber doch, aber schließlich ist es doch nie zu spät — bei der Gemeinderatswahl in die Wahlurne werfen, damit sie dann endlich auch

hen gewesen wäre. Da wir aber ohnehin nicht unbedingt vorhaben, die "Ausländer-Raus"-Propaganda von SPÖ, ÖVP oder FPÖ oder die "AusländerInnen-Raus"-Politik der Grünalternativen, durch unsere Stimme zu unterstützen, macht uns das ohnehin nicht viel aus. Wir werden den Stimmzettel vorderhand zurückbehalten, und zum ehestmöglichen Zeitpunkt nachreichen.



ausgewertet werden können, wie die, von allen anderen braven oder schlimmen BürgerInnen auch.

Aber: Um nur ja nicht das Prinzip der geheimen Wahl zu verletzen, und dabei nur ja nicht vielleicht die liebe Wahl in einen Wissenskonflikt zu stürzen, werden wir alle personenbezogenen Antworten, und Antworten, die in irgendeiner Weise auf unsere Identität rückschließen lassen könnten, sicherheitshalber für uns behalten. Schließlich wollen wir ja nicht schon wieder die demokratischen Spielregeln verletzen.

Leider steht bei alledem zu befürchten, daß das Personenblatt allein schon den ganzen Platz in dem Kuvert einnehmen wird, der eigentlich für den Stimmzettel vorgese-

Sollte uns die Politik irgendeiner Partei im Laufe der kommenden Jahre wider Erwarten außerordentlich zusagen, werden wir nicht anstehen, deren Politik posthum mit unserer Stimme zu unterstützen. Wir sind überzeugt, daß dies, wenn es von möglichst vielen Wahlberechtigten so praktiziert wird, das qualitative Niveau der Wahl in spürbarem Ausmaß anheben wird — zum Wohle unserer Stadt, und aller Menschen die darinnen leben, zur Ehre unserer Demokratie, zur Freude unseres Bürgermeisters, hochachtungsvoll, mit freundlichen Grüßen, und überhaupt. Gerade in so schwierigen Zeiten wie diesen.

Danke!

Kurt Falk oder der "Wahnsinn" hat Methode

Aufmerksamen ZeitungslernerInnen dürfte der "Krieg", den Medienzar Kurt Falk mit seinen "Untergebenen" hat, kaum entgangen sein. Wer aber glaubt, daß dieser dem - nicht nur Insidern bekannten - Gefühls- und Geisteszustand des Milliardärs zuzuschreiben sei, der irrt. Methoden und Ziele haben System...

(die Alternative)

Vor ca. zwei Jahren begann Kurt Falk, sich in Wien eine Großdruckerei bauen zu lassen. Mit dem erklärten Ziel, eine neue Tageszeitung auf den Markt zu bringen. Anfang 91 wird mit dem Aufstellen der Maschinen begonnen. Mit der Inbetriebnahme der Fabrik steigt die Beschäftigtenzahl auf fast 100 Personen. Der Druckerei gibt er den sinnigen Namen "Schwutren" (für Schweiß, Wut und Tränen). Wem das galt, sollte sich erst später herausstellen. Mit dem Druck der Zeitschrift "Die ganze Woche" und dem zugehörigen Fernsehprogramm wurde begonnen.

Der sorglose Umgang mit Arbeitnehmerschutzvorschriften, die einseitige Festlegung der Arbeitszeiten und ähnliches machten das Arbeiten unter Kurt Falk nicht gerade zur Annehmlichkeit. Obwohl bekannt war, daß Gewerkschaften oder Betriebsräte für Kurt Falk ein rotes Tuch sind, begannen einige KollegInnen im Betrieb und die Gewerkschaft Druck und Papier eine Betriebsratswahl zu organisieren, um gegen die fortwährenden Mißstände anzugehen.

Doch noch vor der Betriebswahl schlug Kurt Falk nach der Devise "Eigentum geht vor Recht" zu. 16 DruckereiarbeiterInnen wurden gekündigt. Unter den gekündigten fand sich der gesamte Wahlvorstand, fast alle Kandidaten sowie Unterstützer (die alle Kündigungsschutz genießen). Schon einmal hatte sich Kurt Falk bei der Zeitschrift "Die ganze Woche" mit einer ähnlichen Methode des Betriebsrates entledigt.

Der Versuch, mit dieser Kündigungsaktion die Betriebswahl zu verhindern, schlug fehl. Trotz Aussperrungen konnte die Wahl durchgeführt werden. Daß die Leute im Betrieb trotz Einschüchterungen mit einer Wahlbeteiligung von mehr als zwei Drittel

Kurt Falk die Unterwürfigkeit verweigerten, trieb ihn zum nächsten Schlag.

Sämtliche Beschäftigte wurden gekündigt, die Druckmaschine stillgelegt und der Druck der "Ganzen Woche" und des Fernsehprogramms wieder nach Deutschland verlegt.

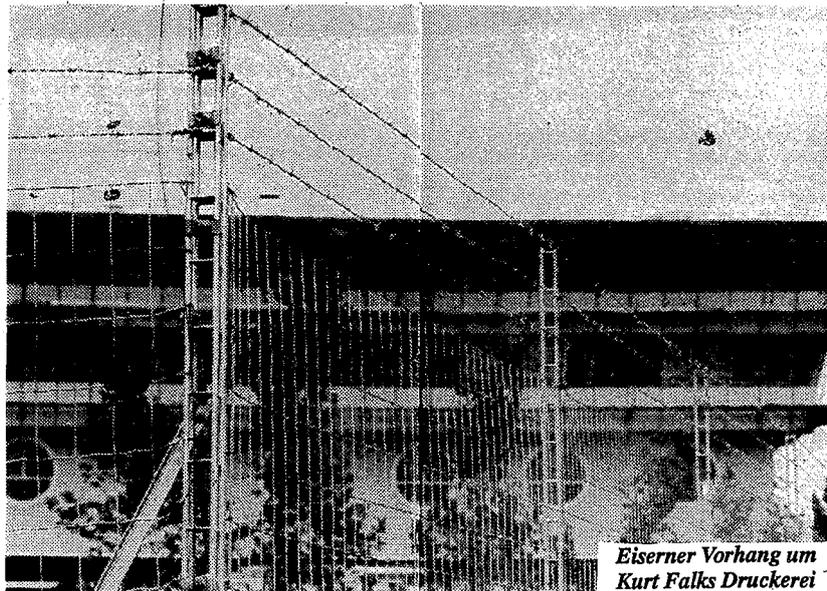
Daß technische Mängel an der Druckmaschine nur vorgeschoben werden, versteht sich von selbst. Das Konzept des Kurt Falk für die Zukunft: Keine Betriebsräte, keine gelernten Drucker (die sind bekanntermaßen zu gut organisiert). Mit dieser Konzeption steht er

nicht alleine da. Dieses Agieren paßt wie ein Teil eines Puzzles in die Entwicklung der gesamten Branche in Europa: Umgehen der Kollektivverträge.

Für die Zukunft plant Kurt Falk, nicht



Kurt Falk



Eiserner Vorhang um Kurt Falks Druckerei

mehr als Druckunternehmer zu fungieren. Seine Publikationen sollen in einer dem Verlag angeschlossenen "Hausdruckerei" hergestellt werden. Damit unterliegt er aber nicht mehr den Abmachungen zwischen Unternehmerverband und der Gewerkschaft Druck und Papier. Das ermöglicht ihm, die Arbeitszeit nach seinen Vorstellungen flexibel zu gestalten und bindet ihn auch nicht mehr an den kollektivvertraglichen Lohn Tabellen und Zuschlägen. Auch werden prekären Arbeitsverhältnissen (wie Leiharbeit) Tür und Tor geöffnet.

Mit diesem Vorgehen ist er nicht allein. So hatte die Gewerkschaft Druck und Papier bei der Erstellung der Kollektivverträge in letzter Zeit einige Schwierigkeiten. Ganze Landesverbände weigern sich, sich den bundesweiten Kollektivverträgen unterzuordnen - sie müssen für einige Länder neu ausgehandelt werden. Einige Verpackungs-großdruckereien haben vorexerziert, daß es aus Unternehmersicht günstig ist, die graphischen Kollektivvertragsgemeinschaften zu verlassen. Sie sind in den Unternehmerverband der Papier und Pappe erzeugenden Industrie abgewandert.

Diese Politik ist internationale Tendenz. So hat schon das deutsche Druck- und Verlagshaus Gruner & Jahr (Stern) die Tarifgemeinschaft verlassen. Ebenso einige Großdruckereien in der Schweiz. Offensichtlich fühlen sich heute Unternehmer stark genug, um aus der Sozialpartnerschaft auszuweichen.

Die ArbeiterInnen in der Druckereibranche haben ein traditionell hohes gewerkschaftliches Bewußtsein und einen sehr hohen Organisationsgrad. Das hat ja auch Kurt Falk zu spüren bekommen. Daß er für die Zukunft plant, seine Maschinen nicht mehr von Druckern bedienen zu lassen, sondern von Schlossern, Elektrikern u.ä. hat Falk in GB gelernt. Sein Gesinnungsgenosse Murdoch entledigte sich mit der Einstellung von Elektrikern anstelle von Druckern der Gewerkschaft im Betrieb und war so im Konflikt um neue Technologien und Rationalisierungen erfolgreich.

Wenn Kurt Falk mit dieser Strategie Erfolg hat, werden auch andere Unternehmer auf den Plan treten. Bei der Ausschaltung

der Betriebsräte wurden Gesetze und Bestimmungen der Arbeitsverfassung offensichtlich bewußt gebrochen. Was droht, ist schlicht, daß die Einhaltung der Gesetze zu einer Frage des Geldes wird.

Was macht die Gewerkschaft angesichts dieser Probleme? Ihr bleibt nach jahrzehntelangem Vertrauen in die Sozialpartnerschaft heute nur mehr der Weg vors Gericht. Herzlich wenig als Antwort auf ein Vorgehen a la Kurt Falk.

RadiopiratInnen Wien

Mit Anfang Oktober heben mehrere KulturveranstalterInnen in Wien die freiwillige PiratInnensteuer von 10 öS ein, die den freien Radiostationen zugute kommen soll.

Ahnder (bis hin zu aufsehenerregenden Hubschraubereinsätzen), gelang den Monopolisten bisher lediglich die Erbeutung einer Sendeantenne im Wert von 50 öS. Sie bleiben jedoch weiter auf PiratInnenjagd und wir — der Äther sei mit uns — auf der Hut. Pannen können aber leider immer und jedem/jeder passieren, womit wohl ein Verwendungszweck des eingehobenen Geldes erklärt wäre.

Die Rechtshilfe für die PiratInnen ist aber nicht der einzige, geschweige denn der wichtigste Grund, die PiratInnensteuer zu kassieren. Neben der Abdeckung laufender Kosten für Öffentlichkeitsarbeit (Aussendungen,

Plakate, Flugblätter, Pickerl...), soll mit dem Geld unser vordergründiges Ziel, nämlich die Errichtung eines Radiobetriebs (sprich: Studio), der allen freien Radiostationen zugänglich ist.

Ship Ahoi! Wohin geht's?

Der erste Schritt ist die Abschaffung des staatlichen Rundfunkmonopols. Wir fordern die Hälfte aller freien Frequenzen für nicht kommerzielles Radio. Finanziert werden könnte ein freies Radio z.B. durch einen Fond, der von einem geringen Anteil der Werbeeinnahmen (1 %) der kommerziellen Stationen gespeist wird - Modelle dieser Art werden in Frankreich und den USA praktiziert.

Pressuregroup freies Radio
Verwaltet werden die Einnahmen durch die Pressuregroup in Absprache mit den VeranstalterInnen und den beteiligten Radiogruppen. Die PG vertritt die freien Radiostationen Österreichs - derzeit senden Stationen in Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und Wien, Tendenz steigend.

Turn on! Mo - Fr, 18h, 103,3

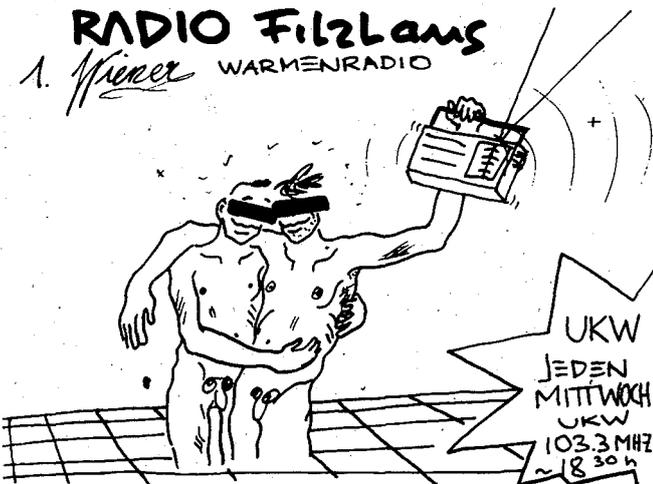
(Anm. Tb. nähere Infos siehe auch Tb -43, der zweite Teil des Interviews wird nächste Nummer nachgebracht !!)

Jeden Donnerstag 18:00 h

UKW 103,3 FM



featuring



PiratInnen am Festland? Errol Flynn oder wie?

Momentan sind sieben PiratInnensender in Wien tätig. Die frühere Sendezeit von Mittwoch, 20h, wurde auf Grund der großen Nachfrage, auf Montag bis Freitag, 18h (unverändert 103,3 MHz) erweitert. Programmschwerpunkte bilden politische und (sub-)kulturelle Berichte, sowie "andere" Musik.

Das Senden von Programmen außerhalb der Legalität und ORF ist mit einigen Risiken und Terror von Postfahndung und Polizei verbunden. Immerhin wird allein der Besitz einer Sendeanlage mit einer Geldstrafe bis zu 5000 öS bedroht. Trotz energischem Tatendrang ihrer Fahnder und

HausINSTANDbesetzung in Linz

Die folgende Erklärung ist leider schon wieder längst veraltet, das Haus wurde einen Tag später geräumt...

(Autonomes Komitee für selbstbestimmtes und billiges Wohnen — ned schlecht, der Name; Anm d Tipplers)

Am 20. 09. 1991 haben wir in Linz, Fehnerstraße ein Haus instandbesetzt. Wir haben uns für dieses Objekt entschieden, weil es seit Jahren leer steht. Laut Volkszählung 1971 standen in Linz 3 395 Wohnungen leer. 1981 waren es bereits 6 536. Demgegenüber stehen etwa 22 000 Wohnungssuchende. Darunter sind 500 Obdachlose und 2 500 Menschen, die unter ständiger Bedrohung von Obdachlosigkeit leben.

Deshalb sind wir für eine Wohnungspolitik, die sich gegen Wohnraumvernichtung und gegen Spekulanten richtet.

Wir sind dafür, daß möglichst vielen, die in Wohnungsnot sind, günstiger Wohnraum beschafft wird, in dem sie ihre Wohn- und Lebensformen weitgehend selbst bestimmen können.

Bei Altbauten wenden wir uns gegen Abriß, Umnutzung, kosten- oder mietenintensive Modernisierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen.

Wir wenden uns gegen die Konzentration von Banken, Versicherungen, etc im Stadtzentrum.

Wir wenden uns gegen die Verlagerung des Wohnraums in "Sozialhilfesilos" am Stadtrand.

Die Öffnung leerstehender Wohnungen garantiert billigere Mieten als in Neubauten, eine schnellere Wohnraumbeschaffung, vorhandene Infrastruktur, keine weitere Zerstörung von Grünflächen.

Bei 66% der BewohnerInnen besteht eine im Verhältnis zum Einkommen zu große Mietenbelastung, die bis zu 50% des monatlichen Haushaltseinkommens beträgt. Jede billige Altbauwohnung, die leersteht, abgerissen, privatisiert oder modernisiert

wird, verschlechtert die Chancen der ohnehin Benachteiligten (kinderreiche Familien, Familien mit geringem Einkommen, alte Menschen und "ausländische" Familien) auf eine Wohnung.

Wir haben dieses Haus besetzt, um unsere Vorstellungen von selbstbestimmtem Wohnen zu realisieren. Wir wollen uns nicht nur einen Wohn-, sondern auch einen Lebensraum schaffen, der gemeinsames Wohnen ermöglicht und gegen die Vereinsamung ankämpft.

Dazu gehören für uns auch eine Volksküche, ein Infocafé, ein Frauencafé, ein Treffpunkt für "ausländische" Frauen, Diskussionsveranstaltungen, die die Kommunikation und Integration fördern.

Selbstbestimmtes Wohnen ist ein Menschenrecht!

Der Kampf gegen Unrecht ist kein Unrecht! ●

“Stop Nuclear Mafia!”

Am 20. September blockierten einige AktivistInnen ca 2 Stunden lang die Generalversammlung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) in der Wiener Hofburg.

(TATblatt-Wien)

Wien, 20. September, ca 8.55 Uhr: Einige fein gekleidete Personen — offensichtlich TeilnehmerInnen der Atomenergiekonferenz — steuern auf das Haupttor der Wiener Hofburg zu. Ein Kamerateam begleitet sie. Vor dem Tor werden die Sicherheitsbeamten gebeten, doch etwas aus dem Bild zu gehen, welcher Aufforderung sie angesichts der hochrangigen BittstellerInnen gerne nachgehen. Die DiplomatInnen treten an das Tor — und ketten es zu!

Das war der Auftakt zu einer generalstabsmäßig geplanten Aktion: In Windeseile bildeten sich vor dem Haupt- und einem Nebentor Ketten aus Menschen, die mit Handschellen und darübergestülpten Blechrohren miteinander und mit dem Gebäude verbunden waren. Ein Klein-LKW fuhr vor, die hinteren Türen wurden aufgerissen, Leute sprangen heraus, die in Höchstgeschwindigkeit ein Eisengestell nebst ca 20m² großem Transparent mit der Aufschrift “Stop Nuclear Mafia” aufstellten. Gegen (allzu rasche) behördliche Demontage wurde es durch zwei AktivistInnen geschützt, die sich mit Fahrrad-Bügelschlössern (fast absolut diebstahlsicher) um den Hals am Gestell festmachten. Beim Nebentor gingen zwei Aktivistinnen die Wände (hier eigentlich mehr: die Fenstergitter) hoch, machten sich in luftiger Höhe mittels Klettergeschirr und Handschellen fest und spannten ebenfalls ein Transparent mit gleicher Aufschrift. Auch das Reiterstandbild vor dem Völkerkunde-Museum blieb nicht von Mensch und Transparent verschont. Die ganze Aktion wurde begleitet von dem lieblichen Klang einer ca 120 Dezibel starken Alarmsirene.

Die bald eintreffenden Beamten der Alarmabteilung versuchten (wieder einmal), durch einfaches Durchpreschen durch die Leute die Kette zu lösen — was natürlich für die Beteiligten (nämlich die ohne graugrüner Uniform) etwas schmerzhaft war. Als das nichts fruchtete, war guter Rat teuer. Für alle Fälle ließ die Wiener Polizei so ziemlich alles auffahren, was der Fuhrpark zu bieten hat: vom Mannschaftswagen bis zum umfunktionierten Feuerwehrauto war alles da. Da wurde dann auch mit allen Geräten, die da so zu finden waren, versucht, die Menschenkette zu lösen —

unter Ausschluß der Öffentlichkeit natürlich, denn manche Versuche sahen gar zu gefährlich aus. Vom Schraubenzieher über die Eisensäge bis zum hydraulischen Bolzenschneider kam alles — mehr oder weniger vorsichtig benützt — zum Einsatz. Nach zwei Stunden war es dann endlich so weit:

nicht vor.

Der IAEO-Tschernobyl-Bericht

Welchen Stellenwert Menschenleben und Gesundheit bei der IAEO einnehmen, zeigen die Ergebnisse ihrer Tschernobyl-Forschung:

- Es wurden keine gesundheitlichen Schäden festgestellt, die direkt auf die radioaktive Strahlung zurückzuführen waren. Es gab keine Anzeichen für ein vermehrtes Auftreten von Leukämie oder Karzinomen.

- Die ersten behördlichen Maßnahmen (Evakuierung) seien zwar noch vernünftig gewesen, doch die längerfristig durchgeführten Schutzmaßnahmen wären über das “notwendige Maß” hinausgegangen.

- Diese Übertreibung hätte im Gegenteil durch “die Unwissenheit der Opfer über die Harmlosigkeit der Strahlung” zu übermä-

ßigem Streß und psychischer Belastung geführt

- 100.000 Unfallopfer, die aus der 30 Kilometer-Zone evakuiert worden waren, und die 600.000 ArbeiterInnen der Aufräumtruppe wurden in der Studie überhaupt nicht berücksichtigt.

Radioaktiven Müll auf den Trikонт?

Die UNEP (Umweltbehörde der UNO) arbeitete 1989 Konventionen über den grenzüberschreitenden Transport gefährlicher Güter aus. Die IAEO verhinderte eine Einbeziehung von radioaktivem Abfall, indem sie behauptete, selbst für eine Kontrolle zu sorgen. In Wahrheit bezieht sich diese ausschließlich auf spaltbares Material, das zur Nutzung von Atomwaffen verwendet werden könnte. Seit 1990 gibt es einen “freiwilligen Verhaltenskodex”.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) erarbeitete 1990 Konventionen über das “Importverbot für alle Formen von gefährlichen Abfällen”. Auch hier intervenierte die IAEO, radioaktive Stoffe auszunehmen. Die IAEO als Lobbyorganisation eines bestimmten Industriezweiges setzt somit das kolonialistische Verhalten der Industrieländer gegenüber dem Trikонт und anderen, wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern fort.

Ein weiteres Problem ist der Transport



Die Demonstrierenden waren alle festgenommen, die Atommafia konnte weitertagen. (Die Festgenommenen wurden wenig später wieder freigelassen und haben mit Verwaltungsstrafen zu rechnen).

Die IAEO

Erklärtes Ziel der IAEO ist es, “in der ganzen Welt den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand zu beschleunigen und zu steigern.” Gleichzeitig will sie die Weiterverbreitung von nuklearem Material für militärische Zwecke verhindern. Wie sie allerdings das eine vom anderen trennen will, ist völlig schleierhaft.

Die Absichten mögen vielleicht ganz gute gewesen sein, als sie 1957 gegründet wurde, mit der Aussicht, die Elektrizität so billig zu machen, daß der Verbrauch nicht mehr gemessen zu werden brauchte. Doch die Realität hat eine Unzahl von Problemen und Gefahren bei der Nutzung der Kernenergie aufgezeigt und spätestens Tschernobyl hat deutlich gemacht, daß die Wahrscheinlichkeit eines Reaktorunglückes nicht so unendlich klein ist, wie angenommen worden war. Auch die Entsorgung von radioaktivem Material ist nach wie vor ungeklärt. Die Verantwortlichkeit für Sicherheit oder Schutz der Gesundheit wird in den Satzungen nur in einem kurzen Absatz erwähnt, der Schutz der Umwelt kommt gar

Frauenrechte in Kroatien

(Feminist Group Tresnjevka, Zagreb)

Als im Juli 1991 die neue Regierung in Kroatien ihr Amt antrat, begann auch eine Diskussion über die Abschaffung des Rechts auf legalen Schwangerschaftsabbruch. Im Moment ist es zwar noch möglich, legal abzutreiben, aber eine Gesetzesänderung ist bald zu befürchten. Die r.k. Kirche und Gruppen (vergleichbar mit "Geborene für Ungeborene"; Anm. d. Übersetzerin) haben sowohl in den Medien als auch in der Regierung, die von den nationalen Parteien und der Mehrheit der KroatInnen unterstützt wird, eine Kampagne gestartet. Sie sind es auch, die eine Gesetzesänderung zu Mutterschaft und Familienplanung initiiert haben. Heute ist die Institution der Ehe im Bürgerlichen Recht verankert. Nach einer Gesetzesänderung wird die Ehe die einzig anerkannte Lebensform für Paare sein, Alleinerzieherinnen werden zu Bürgerinnen zweiter Klasse.

Im neuen Gesetz wird der Status der Frau insgesamt völlig neu definiert:

- auf dem Gebiet der Sozialpolitik (die größte Gruppe unter den Arbeitslosen werden Frauen sein, Status der Alleinerzieherinnen, schwangere Frauen und Frauen in Karenz dürfen entlassen werden)
- auf dem Gebiet der Reproduktionspolitik (neue "pro-Leben" Politik, Versuche Abtreibung und Verhütung zu verbieten)
- auf dem Gebiet der Erziehung (ein Verbot, Hosen in der Schule und am Arbeitsplatz zu tragen, Verbot von Kosmetik)
- auf dem Gebiet der Gesetzgebung (verheiratete Frauen müssen den Namen des Mannes annehmen, Versuche, eine generelle Mobilmachung und Wehrdienst für Frauen einzuführen, ein neues Gesetz über Mutterschaft und Familienplanung)

Deswegen fordern wir Frauen aus Kroatien:

- das grundlegende Recht für Frauen über ihren Körper zu bestimmen und frei zu entscheiden ob, wann und wieviele Kinder sie haben wollen. Keine nationalen, staatlichen oder religiösen Interessen dürfen dieses Recht verletzen.
- bessere Bedingungen für Gebärende. Werbung für Verhütungsmittel, ein weites Netz von Beratungsstellen und das Recht auf schmerzlosen und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch.
- gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen Berufen für Frauen und Männer. Frauen sollen für gleichwertige Arbeit das gleiche wie Männer verdienen, gleiche Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg haben. Für Entlassungen hat das strikte Prinzip der Gleichbehandlung der Geschlechter zu gelten. Wir wehren uns gegen die Entlassung von Schwangeren und Frauen in Karenz.
- Bessere Arbeitsbedingungen im Bereich des Gesundheitswesens, der Erzie-

hung und anderen Sektoren, in denen hauptsächlich Frauen angestellt sind.

- proportionale Repräsentation von Frauen in allen Entscheidungsgremien.
- die Einrichtung eines Rates für Frauenfragen und Familienfragen im Parlament der Republik von Kroatien, bei dem wir die Auswahl der Mitglieder vornehmen.

In der momentanen wirtschaftlichen Situation, und besonders in der politischen Krise in Jugoslawien (dem Konflikt zwischen den beiden größten Republiken, Kroatien und Serbien), werden Frauenfragen dazu benützt, politischen Zwecken zu dienen.

Wir bitten Euch/Sie uns (in englisch bzw. kroatisch) zu schreiben und uns in unseren Anliegen zu unterstützen.

Feminist Group Tresnjevka
c.o. Mrs Nina Kadich
Yugoslavia, 41000 Zagreb, P. Miskina
111

Proteste gegen eine Kriminalisierung der Abtreibung an:

Mr Dr Franjo Tudman, President of

the Republic of Croatia, Yugoslavia,
41000 Zagreb, Visoka 22; und
Mr Josip Manojlic, Prime-Minister of
the Republic of Croatia, Yugoslavia,
41000 Zagreb, Opaticka 7

Nein zum Gebärzwang für Polinnen

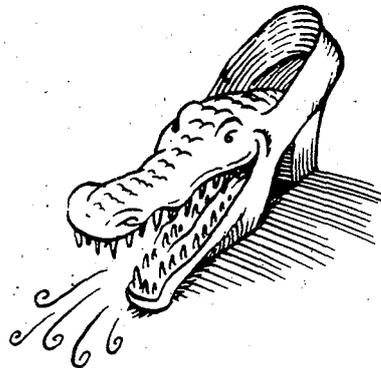
Auch die polnische Regierung/r.k. Kirche will sich den lang gehegten Wunsch erfüllen, abtreibende Frauen und ÄrztInnen zu bestrafen. Wir protestieren:

**am 17.10.91 zwischen 10
und 12 Uhr
vor der polnischen Bot-
schaft**

13., Hietzinger Hauptstraße 42c

Übergabe einer Petition an den Botschafter, Information der Presse, eine Frau vom "Personenkomitee für Solidarität mit polnischen Frauen" spricht über internationale Reproduktionspolitik

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 512 19 67

P a n z e r b l o c k a d e Die Verfahren laufen

(TATblatt Innsbruck)

In den letzten Wochen erhielten jene AktivistInnen, die bei den Blockadeaktionen gegen die Durchfuhr amerikanischer Bergepanzer durch Österreich im Februar dieses Jahres verhaftet worden waren, wieder mal Post von der österreichischen Verwaltungsmaschinerie.

Zur Erinnerung: Im März bzw April wurden von den zuständigen Behörden (je nach Wohnsitz unterschiedlich) die Strafverfügungen wegen Übertretens irgendeines Paragraphen des Eisenbahngesetzes (§43[1]) und eines Paragraphen des Versammlungsgesetzes (§19) verschickt. Daraufhin bemühte sich die "Plattform für Frieden und Neutralität" um ein koordiniertes Vorgehen, sprich alle Angezeigten sollten Berufung gegen die Strafverfügungen einlegen, wobei zwei Juristen Rechtsbeistand leisteten.

Nun sind die Antworten ("Straferkenntnisse") der Behörden eingelangt. Dabei zeigt es sich wieder einmal, daß in Österreich vor dem Gesetz alle gleich sind, nur einige halt gleicher. Die Bundesregierung, die zumindestens ein Gesetz in Verfassungsrang verletzt hat (Neutralitätsgesetz) bleibt straffrei, während ca 150 sogenannte "Staatsbürger" wegen Übertretung untergeordneter Gesetze bestraft werden (Dabei hätte es die Regierung da viel leichter, wo sie doch quasi an der Quelle der Gesetze sitzt — zumindestens noch bis zum EWR oder EG-Beitritt; Anm des Tipplers). Bezeichnend für die österreichische Straf-

praxis sind die Unterschiede bezüglich der Höhe der Strafen je nach zuständiger Behörde. So wurden Menschen von der BH Graz-Umgebung "ausnahmsweise er-

möglichen Straferlaß wie in Graz bestehen in Innsbruck keine, eine zweite Berufung wurde schon abgelehnt. Eine Person hat sich bereit erklärt, auf eigene Kosten Klage

mahnt" und blieben straffrei, während die Bundespolizeidirektion Innsbruck Geldstrafen bis zu S 8000,— verteilt hat. Trotz dieser klar politisch motivierten Strafreier (oder gerade deswegen) werden fast alle AktivistInnen nochmals Berufung einlegen, sodaß jedeR Einzelne ein mündliches Verfahren vor dem sogenannten "unabhängigen Verwaltungssenat" zu phantasievollen Auftritten nützen kann. Chancen auf einen

beim Verwaltungsgerichtshof und wenn nötig beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg zu erheben. Dies wird für die meisten AktivistInnen jedoch kaum mehr Auswirkungen auf die Höhe ihrer Strafe haben, da so eine Klage für die anderen Verfahren keine aufschiebende Wirkung hat (das österreichische Verwaltungsrecht ist halt gegen jeden Einwand gefeit).

Damit die Strafe nicht gänzlich von den AktivistInnen selbst bezahlt werden müssen, wurde ein Solikonto eingerichtet, auf dem sich zur Zeit ca 6S 30 000,— befinden. Viel zu wenig jedenfalls, da mehr als 100 000,— Alpendollars benötigt werden. Also spenden!!! BAWAG Innsbruck-Pradl; Konto Nr 68720-487-415.●

BAWAG
Innsbruck-Pradl
6
8
7
2
0
4
8
7
4
1
5

Die NATO, die Bahn und die Schweiz

Noch eine Anmerkung zu den Bahnzertransporten:

Nicht ganz uninteressant ist da eine Kurzmeldung aus einer Fachzeitschrift für EisenbahnfreundeInnen vom Juni 1991, die wir, ohne freilich die inhaltliche Meinung zu teilen, kurz mal abdrucken wollen: "Es ist sicher noch in Erinnerung, welches Aufsehen die Durchfuhr der unbewaffneten US-Bergepanzer durch Österreich bei verschiedenen Gruppierungen

hervorgerufen hatte, wobei immer wieder auf die Schweiz und die dort angeblich viel rigider gehandhabten Neutralitätsrichtlinien verwiesen wurde. Man solle aber wirklich nichts unüberprüft glauben! Wie die Schweizer Zeitschrift 'Eisenbahn-Amateur' im Heft 4/1991 meldet, wurden im Jahre 1990 907 Wagen (1989 waren es 1003) mit Munition und anderem

Kriegsmaterial für die NATO zwischen Deutschland und Italien durch die Schweiz geführt. Zum Teil wurden diese Transporte sogar von uniformierten Soldaten aus NATO-Staaten begleitet. Von irgendwelchen Protesten à la Österreich hat man in der Schweiz aber nichts gehört."

(aus EISENBAHN 6/1991; Seite 2)●

Gruwi - von der Zerstörung linker Zusammenhänge

Die letzten ÖH-Wahlen brachten das Ende des Mythos von der linken Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GRUWI) in Wien.

Die Mandate wurden wie folgt verteilt: AG 3, PF (Psychologisches Forum) 2, Gras 1, Vsstö 2, LIAB 3, KSV 0

(ein Gruwi-Studi)

Obwohl es prinzipiell wünschenswert wäre, wollen wir hier weder die Fraktionspolitik der letzten Jahre aufarbeiten, noch das Wahlergebnis analysieren. Die Koalitionsverhandlungen für die Gruwi Exekutive gestalteten sich extrem mühsam. Sie waren zunächst von einer Taktiererei des Vsstö, einer leider zu vom propagierten Selbstverständnis her basisverbundenen LIAB, einer heftig umworbenen Gras, einer sich "unpolitisch und fraktionslos" gebenden Fraktion namen PF, einer aus dem Hintergrund agierenden AG und einem selbst ohne Mandat eifrig mitverhandelten KSV geprägt. Die Verhandlungen fanden teilweise geheim und ohne Basis statt, doch der vielstrapazierten Basis gefiel das überhaupt nicht. Die Basis bzw. Institutsgruppen samt gewählten StudienrichtungsvertreterInnen einigten sich auf ein Forderungsprogramm dessen Erfüllung die Grundvoraussetzung für die Akzeptanz einer zukünftigen Fakultätsvertretung bilden sollte. Im Detail:

- Offenes Plenum: über Budget, Infrastruktur und politische Inhalte sollen nicht gewählte StellvertreterInnen entscheiden, sondern das Gruwi-Kollektiv (das sind alle studentischen und nichtstudentischen Gruppen und Personen, die auf der Gruwi aktiv sind)

- Offene Gruwi: Die Ressourcen der FAK sollen nicht in einem Servicebetrieb dienlich sein, sondern im wesentlichen darüber hinaus in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz linke autonome Politik ermöglichen und vorantreiben. Dies ist ein zentraler Anspruch, durch welchen der studentische Elfenbeinturm durchbrochen werden soll. In der Vergangenheit wurde dadurch die Arbeit des autonomen Frauenreferats, Kurdischer und Türkischer Gruppen, sowie Projekte der Obdachlosen und Flüchtlingsbetreuung u.a.m. unterstützt.

- Entscheidungen und Beschlüsse müssen für alle zugänglich und transparent gemacht werden.

AG, PF und Gras waren mit diesen Vorstellungen ganz und gar nicht einverstanden, sie setzten viel mehr auf die Entpolitisierung der StudentInnen und bildeten eine rechte Koalition unter dem Vorsitz von Barbara Schiestel (PF). Die seit Amtsübernahme am 1.7. von Schiestel und Co. gesetzten Maßnahmen entsprachen der Vorgangsweise eines Artmo Vi, aber ebenso ist auch ihr Aufstieg ein aufhaltsamer.

Die FAK-Räumlichkeiten wurden am 1.7. geschlossen und sind es heute noch. Durch die Schließung wurde die Abhaltung

einer seit zwei Monaten angekündigten Frauenveranstaltung verunmöglicht.

Unverzichtbare Arbeitsgeräte wie Kopierer, Schreibmaschinen und Computer wurden von der PF "sichergestellt".

Zwei mal kam es zu Polizeieinsätzen gegen AktivistInnen des Gruwi-Plenums, welche jedoch mangels rechtlicher Handhabe folgenlos verliefen.

Die Argumentation des PF ist auf die Diffamierung der alten Exekutive ausgerichtet. Bei der Übernahme der FAK vermißte Schiestel nach einer ersten Bestandsaufnahme Schreibmaschinen und Teile des Computers. Die Fachschaft wurde bis auf weiteres geschlossen, denn einen Sauhaufen wolle sie nicht übernehmen (Standard).

Die fadenscheinigen Ausreden für die verschlossenen Räumlichkeiten wechselten mehrmals. Von einer genauen Inventur und gründlicher Renovierung des Büros war ebenso die Rede wie von Schutzmaßnahmen für die betroffenen Gruppen. Zufällig wurde zur selben Zeit der Mietvertrag für die Gruwi-Räumlichkeiten von der Hausverwaltung per Dezember gekündigt. Gleichzeitig erfolgte die Kriminalisierung einzelner AktivistInnen von Seite der offiziellen ÖH (Vorladungen zur Kripo, Sachverhaltsdarstellungen an Staatsanwaltschaft und Datenschutzkommission).

Davon Profitieren jene, die bisher erfolglos versucht haben, das Gruwi-Kollektiv in StudentInnen und NichtstudentInnen zu spalten. Denn nun sollen die verschiedenen Institutsgruppen isoliert werden und die neuen FAK Räume (wann wirds die geben ??) sollen zu Amtsräumen für FAK FunktionärInnen verkommen.

Verschiedene Projekte sind gefährdet bzw. behindert. Am schlimmsten ist sicherlich die Vertreibung von Flüchtlingen und Obdachlosen (PF Zitat: "Wir führen euch auf die Donauinsel")

Zweifelloos stehen die gesamten Vorfälle im Kontext mit der üblichen StellvertreterInnenpolitik der ÖH und der Zerstörung

linker, autonomer Strukturen an der UNI. So soll der BOKU Türkenwirt in ein kommerzielles Projekt umgewandelt werden. Die neue linke Exekutive auf der NAWI steht vor leeren FAK Räumen, da alle technischen Einrichtungen auf den Hauptauschluß transportiert wurden. Klar ist, daß sich die AG ins Fäustchen lacht, denn die SchergInnen des PF haben die Funktion von HelfershelferInnen übernommen und sollen bis zu den nächsten ÖH Wahlen die Schmutzarbeit erledigen. Ebenso klar ist, daß die Gras, welche nie über den Charakter eines Wahlprojektes hinausgekommen ist, praktisch mit der Fraktion zusammen arbeiten kann, ist sie doch an WählerInnenstimmen interessiert.

Diese Repressionspolitik wird jedoch nicht kampfflos hingenommen. Deshalb ist es für die undogmatische Linke an der UNI wichtig, eigene Inhalte und Strukturen zu entwickeln und diese ungeachtet verschiedener fraktioneller Interessen in praktischer Politik zu verwirklichen.

Das Gruwi Kollektiv trifft sich jeden Mittwoch um 19 h auf der GEWI, Rooseveltplatz 5a, 1090 Wien.

and once again ... it's out now
FLEX'S DIGEST #6

False Prophets. 7 Sioux. Polska Malca. Spinners. Negu Gorriak. Surfinstrumentals. Radiopiraten. Veranstalter-Roundtable. Blutbild. Tapes. Fanzines. Bücher. Vinyl. Gigs. Ecetera.



Erhältlich in guten Plattenläden, von netten Mitmenschen, bei fairen und günstigen Vertrieben, auf Konzerten

UNGARN, EIN SICHERES DRITTLAND ? Serie, 1. Teil

MASSENABWEISUNGEN VON FREMDEN AN DEN UNGARISCHEN GRENZEN!

(Alexander)

Zwischen dem 3. Oktober 1991, Mitternacht, und dem darauffolgenden Sonntag, Mitternacht, sind in Ungarn im Rahmen einer Großmaßnahme (vergleichbar der vor einigen Monaten erfolgten Riesenrazzien im Land) **48.863 AusländerInnen aus 27 verschiedenen Staaten abgewiesen worden!** Dies teilte der Sprecher des Grenzschutzes, **János Zubek**, der sozialistischen Zeitung *Népszabadság* mit.

Genauere Angaben, welche Länder hier von besonders betroffen waren, wollte man nicht geben - man wolle auf die Empfindlichkeit der betroffenen Länder Rücksicht nehmen, bei denen es sich in der Mehrzahl um Nachbarländer handle. Wie *Népszabadság* anmerkt, dürfte es sich, Schätzungen aus anderen Quellen zufolge, beim Großteil der betroffenen Personen **um rumänische StaatsbürgerInnen** handeln.

Die Einreisebestimmungen waren kürzlich verschärft worden. Einreisen darf nicht: wer nicht pro Tag den **Gegenwert von 1000 Forint in konvertibler Valuta** vorweisen kann, wer Reisedokumente bei sich trägt, die den Richtlinien nicht entsprechen oder zur Identifizierung ungeeignet sind, weiters Personen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit, oder Gesundheit gefährden, und schließlich dürfen Leute nicht einreisen, deren Auto den ungarischen Vorschriften nicht entspricht und die keine internationale Versicherung abgeschlossen haben.

Bei Nichterfüllung einer dieser Voraussetzungen sind die ungarischen Grenzbehörden berechtigt, einem Ausländer die Einreise zu verweigern. **Zubek** führte weiterhin aus, die Vorschriften betreffen eben-

so amerikanische, deutsche, englische und italienische Staatsbürger, wie Bürger von Entwicklungsländern. (*Na klar!*)

Auf die Frage des Berichterstatters der *Népszabadság*, wie denn die Grenzbeamten in der Lage sein, festzustellen, wer die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gefährde, antwortete ein Verantwortlicher des Grenzschutzes - **Zubek** hatte sich bereits entfernt! - *Na wir sind wirklich in einer schwierigen Lage, wenn wir das beurteilen müssen!* Leute, die ganz offensichtlich randalieren, Leute, bei denen man sieht, daß sie Alkoholiker oder drogenabhängig sind, die kommen nicht ins Land herein! Und ebenso werden Leute herausgefiltert, bei denen es sich deutlich erweist, daß sie **krank sind**.

Eine streng politisch funktionale, wiewohl dennoch auf alle Fälle begrüßenswerte - auch für Österreich vorbildliche - Flüchtlingspolitik betreibt Ungarn im Falle der KroatInnen. Derzeit halten sich mehr als 35000 jugoslawische Flüchtlinge auf ungarischem Staatsgebiet auf. (*Népszabadság*, 8. 10. 1991)

Und dazu meint der Grenzschutzsprecher **Attila Krisán**: *Nicht die restriktiven Maßnahmen sind übertrieben, sondern die bisher gehandhabte Liberalität!*

Und er trifft den politischen succus, wenn er meint: Wir verlangen nichts anderes, als das, was im allgemeinen bei der Einreise in die europäischen Länder verlangt wird. Und es regt sich auch gleich der Heilige Geist des Ungartums: Wir tragen Sorge dafür, daß UngarInnen, die ihre Heimat besuchen, keinerlei Nachteile erwachsen.

Die Verordnung zielt darauf ab, das Land vor den SchwarzhändlerInnen zu schützen.

Eine schwächliche Stellungnahme eines Liberalen. Am 8. Oktober nahm im Parlament dazu der Abgeordnete **Péter Kádár** vom SZDSZ (*Szabad Demokraták Szövetsége*, "Bund Freier Demokraten") vorsichtig Stellung. Er verurteilte die Anordnungen, sie seien von Nachteil für die Auslandsbeziehungen Ungarns. Außerdem seien weder die Vorschriften der neuen Sachlage adäquat, noch sei der Zeitpunkt richtig gewählt.

(*Magyar Nemzet*, 8. 10. 1991)

Kommentar: Was anderes juckt ihn nicht? **Kranke Flüchtlinge**, Flüchtlinge, die keine Identitätsfetzen bei sich haben - was machen die? Man scheint von **Pahr** (österreichischer Flüchtlingspolitikkoordinator, Anm. Tb.) gelernt zu haben! Und zum Valutenzwang: obwohl sie, aufgrund der monetären Weltstruktur nicht in der Lage sind, ihre eigene Währung komplett konvertibel zu machen, setzen sie jetzt die Ausgrenzung von SchwachwährungstouristInnen, und hiemit Angehörigen der arbeitenden Schichten *anderer Länder*, wie sie unterm Staatssozialismus zynisch praktiziert wurde, unberührt fort! Pro Tag tausend Forint: was einE ausländischeR StaatsbürgerIn für eine Woche einführen muß, entspricht ungefähr einem monatlichen ungarischen Niedrig-/Mindestlohn! - Und noch eine Frage: Wie hoch ist der Prozentsatz der **Roma** unter den abgewiesenen RumänInnen? - Diese Proportionen tragen einen ungesunden Zwist zwischen diesen unseren Kontinent und die anderen.

STREIK BEI MAGYAR NEMZET!

(Alexander; *Népszabadság*, 7. 10., *Magyar Hirlap*, 9. u. 10. 10.)

Magyar Nemzet ist die detaillierteste, pluralistischste, radikal-demokratischste und informativste Tageszeitung Ungarns. Noch "Die" Zeitung der Intellektuellen. Also das was *Libération* und *Le Monde* für Frankreich, das was *mutatis mutandis il manifesto* für Italien, das was *La Jornada* für Mexiko, *Eleftherotipia* für Griechenland, *Information* für Dänemark, in geringerem Maße *Arbetet* oder *Dagens Nyheter* für Schweden sind. Für Österreich haben wir leider keinen Vergleich. Mit feiner und differenzierter Trockenheit werden sowohl die Agenturberichte, als auch die Inlandsberichterstattun-

gen und die AuslandskorrespondentInnenberichte sensibel, ausführlich und mit einem Mindestmaß an Boulevardhaftigkeit und Demagogie wiedergegeben.

Die Zeitung hatte nicht nur die Hauptfunktion, Ungarn durch eine umfassende Energiesphäre von Öffentlichkeit und Transparenz (auf ungarisch: *nyilvánosság*) aus der Verfassung eines autoritären Zwangsstaates, der hauptsächlich mit ihrer Hilfe zerschlagen wurde, herauszubefördern, wie auch, parallel zum Detailreichtum dieser Glasnost, den Kapitalismus anzupreisen, sondern war überdies von Anfang an, und ist es bis heute noch, das Organ der

Initiativen und Minderheiten. Ich möchte nur die reichhaltige Essayistik über die Judenfrage, die Frage der Roma, der Verarmung, in etwas geringerem Maße der Arbeitskämpfe und Streiks erwähnen, sowie die zahlreichen politischen, philosophischen und soziologischen Aufsätze. Das Mischgebilde zwischen Reportage und Essayistik, als historische und substanzielle Weiterführung dessen, was das Feuilleton war, ist wohl, neben der politischen Essaytradition lateinamerikanischer Tageszeitungen, bei *Magyar Nemzet* am lebendigsten aufgehoben - *war es bis vor kurzer Zeit*. Der reichhaltige "Feuilleton"-teil ist vor einiger Zeit geschrumpft. Nun droht das

Ganze zusammenzuberechnen. Wie das?

Wie bekannt, ist das Auslandskapital nach Ungarn eingedrungen, im Printsektor ist es perzentuell am präsentesten. Die nunmehr reicheren Konkurrenz-Zeitungen bieten schon seit mehr als einem Jahr Gehälter an, die etwa drei Mal so hoch sind, wie die bei Magyar Nemzet angebotenen - eine drohende Ausblutung.

Vor etwa einem Jahr trug sich eine radikale Auseinandersetzung zwischen einem großen Teil der Geschäftsleitung und einem Großteil der Redaktion zu. Letzterer, die besten VertreterInnen der aufgeklärten Intelligenz in Ungarn (was dort kein Schimpfwort ist), plädierte für ein Kaufangebot, das von *Bonniers (Dagens Nyheter)* eingegangen war; die *Chefs* für ein auffallend unmittelbar darauf eingegangenes Angebot von *Hersant*. *Hersant* gibt unter anderem das nationalistische und xenophobe, erzreaktionäre Blatt *Le Figaro* heraus. Die Option der Redaktionsmehrheit war für die Schweden - *Dagens Nyheter* stand für Klarheit, Ausgewogenheit, sorgfältige Liberalität, den Wohlfahrtsstaat - also für all die Bedürfnisse einer radikalen Zivilgesellschaft, die im Osten in diesen Musterstaat hineinprojiziert werden - auch *versus* die demagogischen und von den Intellektuellen verachteten ungarischen Massenblätter von Springer- (etwa das Boulevardblatt REFORM) und österreichischem Kapital. Die Auseinandersetzung wurde über Wochen erbittert und mit einer Offenheit - auch auf den Seiten des Magyar Nemzet! - ausgetragen, wie man/frau es sich hierzulande kaum vorstellen kann.

Vor einigen Wochen wurden nun einfach *9 RedakteurInnen entlassen*. Das brachte das Faß zum Überlaufen. Die Nachricht stand dürr in einer winzigen Notiz auf einer der letzten Seiten. Die *Chefs*, besonders die Franzosen, waren nicht verhandlungsbereit. Das Streikkomitee bat um die guten Vermittlerdienste des Staats- und des Ministerpräsidenten. Ein bißchen doof im Falle *Antalls*, denn der hatte seinerzeit eindeutig die Schweden defavorisiert und sich für *Hersant* eingesetzt, was von den radikalliberalen Intellektuellen mit vehementer Kritik als massive Staatsintervention abgelehnt wurde. *Hersant* war übrigens ein Vichy-Kollaborateur. Auch das, und seine derzeitige politische Funktion in Frankreich, ist in Ungarn nicht ganz unbekannt.

Nachdem vor einigen Wochen bereits ein - erfolgloser - zweistündiger Warnstreik stattgefunden hatte, wird nun, ab Mittwoch, den 9. Oktober, die Zeitung, ganz bestreikt - sie kommt nicht mehr heraus. Der Streik scheint derzeit noch anzudauern. Laut *Péter Kertész*, dem Sekretär der Betriebsgewerk-

schaft und Vorsitzendem des Streikkomitees, *streiken insgesamt 40 Leute!* Darunter ein Großteil des innenpolitischen, des außenpolitischen und des Kulturreports. Anlaß des Streiks sind die fortwährenden Verstöße gegen die bestehenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen, gefordert wird die Zurücknahme der Kündigungen.

Die *Chefs* haben sich bis jetzt auf Verhandlungen nicht eingelassen.

Während einer Generalversammlung des *MUOSZ* (Magyar Ujságírók Országos Szövetsége, Landesverband der ungarischen Journalisten), die in der vergangenen Woche stattfand, wurde grünes Licht für einen Solidaritätsstreik gegeben.

Es ist dem Westen schwer verständlich zu machen, was in Ungarn lebendiger, selbsterkämpfter, ungegängerter Journalismus bedeutet. Wie im Falle des profil, hat dieser Streik einen manifesten Inhalt: ein unmittelbares, aktuelles Konfliktbündel, und einen Tiefenaspekt. Die Kulturschaffenden des Landes sind es insgesamt leid geworden, daß immer wieder von der Regierung und den Behörden in ihre Belange und Entscheidungen eingegriffen wird. So haben sie sich den Übergang nicht vorgestellt. Gleichzeitig dazu finden im Schulsektor und beim Rundfunk ähnliche Interventionen statt. Der Streik bei Magyar Nemzet - von der österreichischen Presse bis jetzt ebenso wenig beachtet, wie im vergangenen Dezember die Kundgebung der 10.000 LehrerInnen! - ist vermutlich der Auftakt zu einer längeren Serie von Arbeitskämpfen, die sich wahrscheinlich immer präziser und expliziter auch gegen das Auslandskapital richten werden.

Folgende Nachricht fanden wir in unserem Briefkasten:

wir haben am 9.10. einige wahlplakate mit farbe (schwarz) verbessert um zu zeigen was wir von ausländereInnenfeindlichen wahlkampf in wien halten. und überhaupt: wenn wahlen was ändern würden wären sie verboten eure A - wahlkämpferInnen

UNFASSBA

UNFASSBA



Andere über uns: "Der Inhalt des Druckwerks UNFASSBA gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt erheblich. Die gesamte Ausgabe ist von einer agitatorischen, auf Aufwiegung der Gefangenen gerichteten Grundtendenz... Anarchie wird verherrlicht, zum Widerstand wird aufgerufen..." (aus einer klassischen Anhaltverfügung.)

UNFASSBA gibts für 4,- Muck in Briefmarken. Abo 20,-. Wiederverkauf: 10 Stück 30,- Muck. Alles nur bar und gegen Vorkasse. Alle 2 Monate neu bei: UNFI, o/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 67, D-W 4400 Münster.

betrifft: kurzes

Die systematische Verbreitung von "Kurzmeldungen" war bisher innerhalb der Redaktion auf entschiedenste Ablehnung gestoßen. Inhaltslose Halbmeldungen, war kritisiert worden.

Inzwischen stehen wir aber vor einem anderen Problem: Viele Informationen, die wir für wichtig erachten, können wir nicht in die Zeitung aufnehmen. Denn zum ersten fehlt die notwendige Arbeitskraft, alles und jedes zu recherchieren, und zum anderen fehlte, würde wirklich immer recherchiert, der Platz, das alles abzudrucken.....

Ab jetzt gibts also doch "Kurzmeldungen", die nicht den Anspruch haben, die angesprochenen Probleme, Ereignisse etc vollständig zu behandeln. Wir halten es aber für wichtig, daß den werten LeserInnen überhaupt die Möglichkeit geboten wird, sich eventuell anderswo weiter zu informieren oder einen längeren Beitrag zu diesem oder jenem bei uns einzufordern, besser: selbst zu schreiben und uns zu schicken.

Die Quellen sind nie eindeutig zu benennen: Oftmals holen wir aus verschiedenen Zeitungen unterschiedliche Infos, die erst gemeinsam einen wesentlichen Inhalt ergeben. Zumindest vorläufig soll daher keine Einzelquelle angegeben werden. Stattdessen werden wir ein Register der von uns verwendeten Quellen anführen. In dieser Ausgabe des TATblatts waren das

- Euskadi Information; Zürich
 - Was lefft; Stadtzeitung für Nürnberg
 - Blickwechsel, schwulesbische Zeitung für JedeN; Linz
 - Die Alternative; Wien
 - Antifaschistisches Info; Berlin
 - Die Bergbauern; Wien
 - Interim; Berlin
 - Agitare Bene — gut schütteln; Köln
 - Kurdistan Rundbrief; Köln
 - Angehörigen Info; Köln
 - Salzburger Nachrichten; Salzburg
- (Aha!)
- Lateinamerika anders; Wien
 - Infodienst El Salvador; Berlin
 - Lateinamerika Nachrichten; Berlin
 - Megaphon; Zürich
 - Telegraph; Berlin
 - Politische Berichte; Köln
 - APIA; Wien
 - AKIN; Wien

● taz; Berlin (vervollständigen sie bitte folgende Parole: "FAZ und taz, eine H...")

- ProWo; Berlin
- tamtam, Wien

sowie Meldungen aus einer Mailbox, die mir zur Zeit nur unter dem Namen "die Mailbox" bekannt ist.

Atomindustrie

Auf dem Gebiet von 17 "Indianer"-Reservaten wird seitens der US-amerikanischen Regierung Atommüll gelagert, gegen diese und weitere leisten die ReservatsbewohnerInnen Widerstand. Ebenso wird gegen den Uranabbau auf "Indianer"-Territorium gekämpft. Um auf die von der Atomindustrie bedrohten Lebensräume sogenannter "Urbewölkerungen", aufmerksam zu machen, veranstaltet ein "World Uranium Hearing", eine Plattform für von Uranabbau, Atomversuchen und Atommüllendlagerung Betroffener, im September 1992 eine Konferenz in Salzburg. Der Termin wurde nicht zufällig gewählt: Die Veranstaltung findet 500 Jahre nach Beginn des Kolonialismus und 50 Jahre nach Durchführung der ersten atomaren Kettenreaktion in den USA statt.

Kriegsdienstverweigerer

Bereits zum dritten Mal wurde am 13. September ein israelischer Staatsangehöriger zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er sich weigert, seinen Militärdienst in den von Israel 1967 besetzten Gebieten abzuleisten. Der 19 Jährige Barak Ben Gal wurde von amnesty international als Gewissensgefänger adoptiert.

Prozeß wg. Wiederbetätigung

Gegen den Herausgeber der rechtsradikalen Zeitschrift "Sieg", Walter Ochensberger, läuft ein Verfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung nach §3g Verbotsgesetz. Ochensberger wird vorgeworfen, in seiner Zeitung "gegen das jüdische Volk und seine Angehörigen gehetzt, Ausländerfeindlichkeit geschürt, die Reinheit der germanisch-arischen Rasse und nationalistic Vorrang des 'reinzuhaltenden' deutschen Volkstums in einem einheitlichen deutschen Reich unter Einschluß Österreichs gefordert und propagiert, die Eigenstaatlichkeit Österreichs geleugnet,

Maßnahmen einschließlich der Entfesselung des zweiten Weltkrieges und Zielsetzungen des von Adolf Hitler beherrschten 'Dritten Reichs', insbesondere menschenrechtswidrige Gewaltmaßnahmen des damaligen Regimes, objektiv einseitig und propagandistisch vorteilhaft dargestellt" zu haben. In der Anklageschrift wird die Rechtfertigung der Existenz von Konzentrationslagern sowie die Verharmlosung der dort durchgeführten Morde durch die Zeitschrift "Sieg" hervorgehoben. Theoretisch drohen Ochensberger nun 5 bis 10 Jahre Haft. In der Praxis kann er aber ruhig schlafen. Der Versuch der Staatsanwaltschaft, die Verleugnung der Massenvergassungen in Konzentrationslagern zu bestrafen, ist schon mehrmals schiefgegangen. So wurde Ochensberger bereits mehrmals von Geschworenen freigesprochen: Und ein Verfahren gegen "Halt"-Herausgeber Gerd Honsik schläft seit mehr als 3 1/2 friedlich vor sich hin.

Rassismus

In ihrer Angst, bei den Wiener Gemeinderatswahlen von der FPÖ stimmenmäßig überholt zu werden, setzt die ÖVP im Wahlkampf nun an, ihrerseits die FPÖ zu überholen. Mit einem ganzseitigen Inserat im Wiener "Stadtjournal" (Ausgabe 10/91) zeigt die ÖVP, was ihr Wille ist: "Nur eine geordnete Ausländer-Politik vermeidet die Überfremdung unserer Stadt. (...) Erst wenn die in Wien bestehenden Probleme des Wohnens, der Arbeit, der Sicherheit und der schulischen Bildung von Ausländern und ihrer Kinder gelöst sind, erst dann ist für Wien an eine streng begrenzte und überwachte Jahresquote von Flüchtlingen oder Einwanderern zu denken. (...) Eine Einwanderung soll nur dann möglich sein, wenn die Bewerber in Österreich beruflich gebraucht werden und ihre Voraussetzungen, wie Sprachkenntnisse, Gesundheit und Straffreiheit schon in ihrem Heimatland den dortigen österreichischen Behörden nachgewiesen haben" (Hervorhebung im Original).

BRD: Hungerstreik

Die Gefangenen aus der RAF, Karl Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knud Folkerts, die als Kleingruppe im Gefängnis von Celle isoliert sind, befinden sich seit 23. Sep-



papierTIGER

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Chlorfrei gebleicht

tember im befristeten Hungerstreik. Anlaß des Hungerstreiks ist die Verunmöglichung eines Rundfunkinterviews mit den drei Gefangenen durch die "rot-grüne" Landesregierung von Niedersachsen. Das niedersächsische Justizministerium will nur ein schriftliches Interview zulassen.

Dem Konflikt zugrunde liegt eine Erklärung der Gefangenen aus dem Jahre 1988, in der sie eine Auseinandersetzung über die Geschichte der BRD, der RAF sowie der Gefangenen mit verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen anregten. Alle Versuche, Gesprächsgruppen mit VertreterInnen der katholischen und evangelischen Kirche oder Amnesty Internationals zusammen zu bringen, wurden aber vom Justizministerium abgewürgt: Die justizministeriellen stehen auf dem Standpunkt, daß solche Ge-



sprache "schädlich" seien. Die Gefangenen meinen, daß mit dem Wort "schädlich" nur schädlich für die Desinformationskampagne der Bundesanwaltschaft gemeint sein kann: In einem Interview hätten die Gefangenen die Möglichkeit, erstmals öffentlich zu Vorwürfen Stellung zu nehmen; etwa jenen, die besagen, daß RAF-Aktionen aus den Gefängniszellen heraus gesteuert wurden, daß die Anwälte der Gefangenen "Terrorkurier" wären oder in den Zellen geheime Todeslisten angelegt würden.

Das Verbot, die Stimmen der zum Teil schon mehr als ein Jahrzehnt von ihrer Umwelt isolierten Gefangenen im Radio zu senden, soll wohl helfen, die Existenz politischer Gefangener in der BRD zu verschleiern und so jeden Gedanken an Kommunikation zwischen "drinnen" und "draußen" von vornherein zu unterbinden. Anders als den Gefangenen, die sich politisch zur RAF bekennen, war es nämlich jenen, die sich von der RAF distanziert haben, sogar möglich, im Fernsehen aufzutreten.

Besetzung des Justizministeriums in Schleswig Holstein

Eine Gruppe von "Freundinnen und Freunden der Politischen Gefangenen" in der BRD besetzte am 18. September das Justizministerium Schleswig-Holsteins in Kiel. Die BesetzerInnen wollten erreichen, daß die in Kleinstgruppen isolierten politischen Gefangenen in schleswig-holsteinischen Gefängnissen nicht getrennt, und die Gruppen erweitert werden. Weiters forderten sie die Zusammenlegung aller Gefangenen, die dies für sich verlangen, sowie freie Kommunikation und Arztwahl sowie Freilassung haftunfähiger Gefangener. Nach etwa 2 1/2 Stunden Besetzung und einem ergebnislosen Gespräch mit einem Staatssekretär entfernte die Polizei das Transpa-

rent der BesetzerInnen vom Balkon des Ministeriums. Gegen die BesetzerInnen wurden Verfahren wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a) eingeleitet.

"Linker" Eisenbahnanschlag?

Ralf Gauger und Knud Andresen, jene beiden Männer, denen das Landeskriminalamt Hamburg vorwirft, sie hätten Beton- und Holzteile auf Bahngleise gelegt, um einen Zug zum Entgleisen zu bringen (TATblatt -43), haben sich in einer Erklärung zu Wort gemeldet. Die beiden Gefangenen, beide auf dem im Sommer von der Polizei überfallenen und geräumten Park-Gelände der "roten Flora" in Hamburg (TATblatt -43) aktiv, stellen fest, daß sie mit dem Anschlag auf die Bahnlinie nichts zu tun haben. "Aus unserer persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag auch völlig ausgeschlossen. (...) Eine Aktion, die irgendwelche Menschen, in irgendeinem Zug, zu

irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genaue Gegenteil zu unserem Denken. Der Anschlag ist nichts als terroristisch — schon deshalb gibt es für uns keinen Grund, etwas derartiges zu tun. Er reiht sich vielmehr ein in die Geschichte von terroristischen Anschlägen wie das von Faschisten auf das Oktoberfest 1980 in München verübte Attentat. Oder wie der vom Verfassungsschutz inszenierte Anschlag auf den Hamburger Hauptbahnhof 1975. Der Grund, daß wir trotzdem im Gefängnis sitzen, ist rechtlich gesehen der, daß die Beamten des Landeskriminalamtes Hamburg Thoms und Martens aussagen, sie hätten uns an der Bahnstrecke mit Betonplatten hantieren sehen. Diese Aussagen sind gelogen!"

Die Beamten behaupten, Knud und Ralf zwar gesehen zu haben, daß sie aber nicht in der Lage waren, den "Anschlag" zu verhindern.

Haiti

Der Putsch des Militärs gegen den Befreiungstheologen und Präsidenten Haitis Aristide vor zwei Wochen war nach Angaben der neuen Machthaber angezettelt worden, um die "Autonomie des Militärs gegenüber der Regierung wiederherzustellen" (Juntageneral Raul Cedra). Um genau diese "Autonomie" zu durchbrechen war Aristide mit Hilfe des überwiegenden Teils der Bevölkerung angetreten. Bereits in der Nacht vom 6. auf den 7. Jänner 1991 putschten Angehörige der Tonton-Macoutes, des Repressionsapparates des ehemaligen Diktators Duvalier, um einen Machtantritt Aristides zu verhindern. Zu Tausenden ging die Bevölkerung auf die Straße und zwang so das Militär, gegen die Tonton-Macoutes vorzugehen. Die Massenproteste der Bevölkerung können sicherlich als Einschränkung der militärischen Autonomie bezeichnet werden, stammen doch alle Offiziere der Armee noch aus der Ära des verhassten Duvalier-Regimes....!

Am 30. Juli war der Chefputschist des 6. Jänner zu lebenslanger, 21 seiner Gefolgsleute zu bis zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. Wieder hatten Tausende Jugendliche in den Straßen Port-au-Prince für eine exemplarische Bestrafung der Putschisten demonstriert. Und als Mitte August die Präsident Aristide nahestehende Regierung vom Parlament abgesetzt werden sollte, weil sie die Auswechslung Duvaliergetreuer Verwaltungsbeamter und Offiziere recht entschieden betrieb, war dies der Bevölkerung der Hauptstadt wieder Grund genug zu demonstrieren. Letzter Auslöser des Putsches dürfte die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung aller Verbrechen des Militärs, der Tonton-Macoutes und der Verwaltung in der "Ära Duvalier" durch den Präsidenten gewesen sein. Die Kommission sollte dieser Tage mit ihrer Arbeit beginnen und binnen vier Monate einen Bericht verfassen.

Angesichts der starken Verankerung Aristides in der Bevölkerung Haitis und der Tatsache, daß immer mehr BewohnerInnen des Landes bereit sind, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen, müssen wir befürchten, daß weit mehr als die von den Medien kolportierte Zahl von 250 Menschen seit dem Putsch ihr Leben gelassen haben.

Chile: Aus politischen Gründen arbeitslos

An die 60 000 Menschen sind in Chile aus politischen Gründen ohne Arbeit. Die sogenannten "politisch Befreiten", wie die seit dem Machtwechsel vor 16 Monaten befreiten ehemaligen politischen Gefangenen genannt werden, müssen sich meist mit Gelegenheitsjobs durchschlagen, die Jahre im Gefängnis werden ihnen nicht zur Berechnung der Alterspension angerechnet. Die Regierung anerkennt nur jene als unterstützungswürdig, die binnen der ersten 6 Monate nach dem Putsch (1973) entlassen oder verhaftet wurden. Das sind aber nur etwa 20% der Betroffenen. Die aus politischen Gründen Arbeitslosen organisieren sich nun und veranstalten Aktion (z.B. Hungerstreiks), um auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

Türkei: Streik in Panzerfabrik

Nachdem 200 von 450 Arbeiter gekündigt worden waren, besetzten die Arbeiter einer Panzermotorenfabrik in Istanbul am 11. September die Fabrik und stoppten die Produktion. Am 12. September beteiligten sich die Angehörigen der Streikenden mit Aktionen vor dem Fabrikstor am Streik. Die Frauen der Streikenden kündigten in Reden an, solange vor der Fabrik zu bleiben, bis alle gekündigten wieder eingestellt werden.

Studentin aus dem Fenster geworfen

Am 3. September überfielen Spezialeinheiten der türkischen Polizei StudentInnen, die innerhalb der Istanbuler Universität einen Büchertisch aufgestellt hatten. Eine der Interessierten, die 18 jährige Seher Sahin wurde im Verlauf der Aktion von Polizisten vor Hunderten von ZeugInnen aus dem Fenster geworfen. Den Eltern der Ermordeten wurde zuerst mitgeteilt, ihre Tochter wäre von einem Auto überfahren worden. Nach Veröffentlichung von AugenzeugInnenberichten in Zeitungen mußte diese Version durch eine Selbstmordversion ersetzt werden.

Staatsterror vor Kommunalwahlen in Türkei

Die kurdische "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) wurde unter dem Vorwand, sie wäre 6 Monate vor der Wahl noch nicht als Partei konstituiert gewesen (wie es das Wahlgesetz verlangt), von der Teilnahme

an den Kommunalwahlen in der Türkei und im türkisch besetzten Teil Kurdistans am 20. Oktober ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß dürfte darauf zurückzuführen sein, daß jüngste Umfragen, etwa in Diyarbakir, der HEP 51% der WählerInnenstimmen, der regierenden ANAP-Partei jedoch nur 20% vorhersagen. Hand in Hand mit dem Ausschluß der HEP geht auch verstärkter staatlicher Terror gegen ihre FunktionärInnen und SympathisantInnen. Nach der Erschießung des HEP-Vorsitzenden von Diyarbakir (TATblatt -43) und Bombenanschlägen gegen FunktionärInnen setzte nun eine Verhaftungswelle gegen SympathisantInnen der HEP ein.

Kurdistan: BesucherInnen sollen sich vorher melden!

In einer Erklärung forderte der Generalsekretär der PKK alle Kurdistanreisenden auf, sich zukünftig vor Reiseantritt bei Kurdistan-komitees Reisegenehmigungen zu besorgen. So sollen Reisenden innerhalb des Einflusbereichs der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden. Eine solche Vorgangsweise sei notwendig geworden, nachdem sich eben jener Einflusbereich der ERNK erheblich vergrößert habe und diese nun in den von ihr kontrollierten Gebieten quasi die Rolle einer staatlichen Autorität wahrnehmen muß. Die von den Kurdistan-Komitees ausgestellten und unterschriebenen Reisedokumente werden, so versichert die ERNK, von allen Teilorganisationen in allen unter ERNK-Kontrolle stehenden Gebieten anerkannt.

Kommentar eines TATblättlings: Kein eurochauvinistisches Gemurre bitte! 1) Unterstützt diese Maßnahme den Kampf der KurdInnen, weil einerseits die Strukturen der ERNK anerkannt werden müssen und andererseits sichergestellt werden kann, daß Kurdistanreisende nicht für die türkische Armee arbeiten. 2) hilft es, die Strukturzerstörung durch Euro-Tourismus zu verhindern oder zumindest zu begrenzen, und 3) tut es uns auch 'mal ganz gut zu spüren, wie es Menschen aus der sog. "3. Welt" geht, wenn sie ein Visum wollen....

ISEF-Mitarbeiter rehabilitiert

Vor etwa einem Jahr durchsuchte die Staatspolizei die Räumlichkeiten und Computer des Institutes für sozioökonomische Studien der Akademie der Wissenschaften. Mehrere MitarbeiterInnen des Institutes wurden beschuldigt, Speicherkapazität der Institutscomputer für eigene — staatsfeindliche — Machenschaften mißbraucht und so das Delikt der Veruntreuung begangen zu haben. Zwei Mitarbeiter wurden fristlos entlassen, weil sie Infobroschüren für AusländerInnen bzw. Briefe an die KPÖ auf den Computern getippt hatten. Viele MitarbeiterInnen vermuteten aber, daß Durchsuchung und Entlassungen als Bestrafungs-

aktion gegen die eher aufmüpfige Belegschaft mit dem Ziel der Neugründung eines weniger aufmüpfigen Institutes gedacht waren. Nachdem nun die Vorwürfe gegen das Institut vom Wissenschaftsministerium geprüft worden waren, mußten die inzwischen ehemaligen Mitarbeiter rehabilitiert werden.

Shoot to kill in Euskadi

Am 17. August dieses Jahres veranstaltete die spanische Guardia Civil in Donostia/San Sebastian eine Großaktion gegen angebliche "Terroristen" der ETA, in deren Folge ein Lokal der Partei Herri Batasuna (in Donostia stimmenstärkste Partei) durchsucht, vier mutmaßliche ETA-Angehörige festgenommen und drei weiter regelrecht exekutiert wurden.

Über vier Stunden belagerte ein Sonderkommando ein Haus, in dem es das Comando Donosti der ETA vermutete. Vier Stunden lang wurde die belagerte Wohnung mit Reizgas, Rauchbomben und Spezialgeschossen zur Störung der Orientierungssinne sturmreif geschossen, ehe die Polizei ins Innere eindrang und die anwesenden aus nächster Nähe erschoss. Zwar wiesen alle Leichen nach dem mehrstündigen Beschuß seitens der Polizei mehrere Verletzungen auf, jedoch waren laut gerichtsmmedizinischer Untersuchung keine dieser Verletzungen tödlich. Zum Tode der drei Eitarras führten in einem Fall ein aus 25cm abgegebener Schuß in den Kopf, in den beiden

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

bringen jeden Monat Aktuelles und Hintergründe

- * über Guerilleros, Generäle und Genlabors
 - * über Filme, Fidel und Finanzen
 - * über Atomanlagen, Armut und Aufstandsbekämpfung
 - * über Weltbank, Wohl- und Widerstand
 - * über Linke, Liebe und Landreform
 - * über Bush, Bananen und Befreiung
 - * über Urwald, Urlaub und, und, und ...
- Seit 18 Jahren abhängig nur von ihren AbonnentInnen, selbstverständlich kritisch

* 3-Monate-Probeabo (verlängert sich nicht automatisch) für zehn DM Vorkasse (Geld, Scheck, Briefmarken).
* im Jahreabo inkl. Porto DM 55,- (70,- Luftpost/Ausland)

beim LN-Vertrieb, Gnelsenaustr. 2,
1000 Berlin 61, Tel. 694 61 00

anderen Schüsse aus direkt an Brust bzw Kopf angesetzten Polizeipistolen.

Nach Bekanntwerden des gerichtsmedizinischen Gutachtens modifizierte die Guardia Civil ihren ersten Bericht, wonach die drei Eurras im Zuge eines Feuergefechts ums Leben gekommen seien: Die Schüsse aus nächster Nähe, erklärt sie, mußten abgegeben werden, nachdem das Sonderkommando beim Sturm der Wohnung in eine Notwehrsituation geriet.

Obwohl die Guardia Civil wirklich alles unternommen hatte, um die Öffentlichkeit auszusperrern und nach der "Aktion" selbst mehrere hundert Meter vom Ort des Geschehens entfernt aufgenommene Photos und Tonbänder zerstört oder beschlagnahmt wurden, berichten die wenigen verbliebenen ZeugInnen davon, daß lediglich zwei Schüsse aus der Wohnung heraus abgegeben worden waren, daß es also nie ein Feuer"gefecht" gegeben habe.

Nur 12 Tage später erschöß die "Antiterror"-Gruppe der baskischen Polizei "Ertanza" einen mutmaßlichen Angehörigen des ETA Comando Bizkaia. Drei Personen waren in einem Park von der "Ertanza" umzingelt worden, die auch sofort das Feuer eröffnete und eine Person tötete, eine andere schwer verletzte (die dritte Person konnte glücklicherweise entkommen). Nach Polizeiangaben hätten die drei versucht, eine Zivilstreife zu kapern und samt Besatzung zu entführen.

Der schwerverletzte Jose Mari Mendinueta berichtete im Spital, daß sie gar keine Gelegenheit zur Gegenwehr, geschweige denn für eine Entführung gehabt, also nicht auf die "Ertanza" geschossen hätten. Der erschossene Juan Maria Ormazabal wäre verletzt am Boden gelegen und hätte "Gora Euskadi ta Askatasuna" (Hoch die ETA) geschrien, woraufhin er erschossen worden wäre. Auch hier spricht das gerichtsmedizinische Gutachten eine klare Sprache: Der tödliche Schuß war aus 10 cm Entfernung abgegeben worden. Zuvor war der Getötete bereits von drei Kugeln verletzt worden.

Nach beiden Vorfällen quasi "standrechtlicher Erschießungen" von Eurras kam es in mehreren Städten Euskadis zu schweren Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei. Die "Ertanza" schoß in Donostia mehrmals in die Menge, als DemonstrantInnen den Sitz der Zivilregierung stürmen wollten. Nach der Polizeiaktion vom 29.8. wurden von der "Sozialistischen Patriotischen Koordination" KAS, einem Zusammenschluß mehrerer linker baskischer Gruppierungen, in mehreren Orten ausgerufenen Generalstreiks massiv befolgt.

Südafrika: "neue" Verfassung

Inzwischen ist klar geworden, welches "Friedens"Programm unter anderem die



Ein Vermittler bedeckt den Sang Jon Erezumas mit einer ETA-Fähne

österreichische Regierung mit der Aufhebung der Sanktionen gegen Südafrika belohnen will. Die regierende "Nationale Partei" (NP) De Klerks hat ihre Vorstellungen von einer demokratischen Verfassung veröffentlicht:

Unter dem Stichwort "Dezentralisierung" sollen sich die Gemeinden selbst Verfassungen geben und somit selbst entscheiden können, wie etwa die Hälfte der Steuereinnahmen der jeweiligen Gemeinde verwaltet werden sollen, wer zuwandern darf und wer nicht, wie die Schule organisiert wird usw.. Der deklarierten Apartheid soll somit die Festschreibung des mit Apartheid geschaffenen Zustands über Jahrzehnte hin folgen. Die bisherigen "weißen" Gemeinden würden sich gegen den Zuzug von Schwarzen verschließen, Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation der Schwarzen müßten ohne Steuergelder der wohlhabenden Weißen finanziert werden.

Wiederaufstehen soll in der von der Nationalpartei geplanten Verfassung das Zensus-Wahlrecht. Zwar soll die Hälfte der Abgeordneten zu den Kommunalparlamenten direkt gewählt werden, die andere Hälfte aber könnte aufgrund eines Dreiklassen-Wahlrechts zustande kommen. Je

höher die Steuerleistung eines oder einer Wahlberechtigten eingeschätzt wird, umso mehr zählt seine oder ihre Stimme. Mit diesem Modell soll die weiße Vorherrschaft über die schwarze Bevölkerungsmehrheit auf Jahrzehnte hinaus "demokratisch" legetimiert werden.

Für den Zentralstaat plant die NP die Einrichtung eines Zwei-Kammern-Systems. Die erste Kammer, der Kongreß, soll allgemein und gleich gewählt werden, in der zweiten jedoch, dem Senat, sollen alle Parteien, die über einen Mindeststimmenanteil verfügen (z.B. 10%), mit gleicher Stimmenanzahl vertreten sein. Dem Senat soll gegenüber Entscheidungen des Kongresses ein absolutes Veto-Recht eingeräumt werden. Auf diese Weise bleibt der schwarzen Mehrheit entweder die Chance, sich in wenigen großen Massenparteien zu organisieren, und im Senat überstimmt zu werden, oder sich zu splitten.....

Boycottiert Waren aus Südafrika !!!

Good news !!! Oder auch nicht...

Das Arbeitsgericht Wien hat Mitte Juli entschieden, daß Zeitungverkäufer an Straßenkreuzungen zwar keine Angestellten, sehrwohl jedoch eine Hilfsarbeiter-tätigkeit verrichten. Dies bedeutet, daß Kronenzeitung und Kurier, gegen die der Musterprozeß angestrebt worden war, mehrere Millionen an vorenthaltenen Löhnen und Sozialleistungen an Zeitungverkäufer nachzahlen hätten. Es bedeutet aber auch, daß Zeitungverkäufer, die allesamt nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und daher von der Verwaltung nicht zum Herrenmenschendasein zugelassen werden, in Zukunft Beschäftigungsbewilligungen vorweisen müssen. Dies wird aber nicht möglich sein, da Beschäftigungsbewilligungen für alle Zeitungverkäufer ohne österreichische Staatsangehörigkeit die erst kürzlich festgelegten rassistischen "Ausländer"Kontingente übersteigen würden.

Österreichischer Alltag: Menschen ohne österreichische Staatsangehörigkeit sind willkommen, solange sie Sklavenarbeit verrichten, sich verstecken und kuschen. Sobald sie gerechteren Lohn wollen, sollen sie verschwinden.....

Bauernaufstand in Salzburg?

Als Opfer einer moderneren Variante des Bauernlegens wähten sich Milchbauern in Salzburg. Um die "Wettbewerbsfähigkeit der Molkereien in der EG zu stärken" sollten nach dem Willen der Milchfunktionäre die drei selbstständigen Molkereien des Landes Salzburg zu einer einzigen verschmolzen werden. Mittels Rationalisierung und Produktspezialisierung sollte eine Verringerung der Produktionskosten um bis zu 30 Groschen pro Liter Milch erreicht

werden. Doch gerade diese Erwartung erregte den Zweifel einiger Bauern. Hatten doch alle Rationalisierungsmaßnahmen bisher immer nur Verschlechterungen für die Bauern mit sich gebracht: In manchen Teilen Salzburgs wird die Milch seit der letzten "Rationalisierung" nicht mehr jeden Morgen abgeholt, und für die Umstellungen mußten die Bauern auch noch selbst bezahlen.....

Die Zweifel waren berechtigt: Im Falle der Fusion drohte ein zweitägiger Abholungsturnus, und eine Klausel des vorgeschlagenen Fusionsvertrags sah Betriebs-schließungen vor, falls die "Spezialisierung" der Einzelbetriebe keinen finanziellen Erfolg zeigen sollte.

Die Schließung der Alpenmolkereien Maishofen und Bischofshofen schien den FusionsgegnerInnen somit vorgezeichnet, sollten doch nur unrentable Produkte wie Frischmilch und Butter in den Alpen verbleiben, die gewinnträchtigen Spezialprodukte (z.B. verschiedene Käsesorten) jedoch zur Gänze im Milchhof Salzburg hergestellt werden.

Während die Bischofshofener Bauern bereits im Frühjahr unter Vorbehalt (die MaishofnerInnen müßten auch ihre Zustimmung geben) der Fusion zugestimmt hatten, verfehlten die Milchmanager in Maishofen um 4 Stimmen die zur Durchsetzung der Fusion notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit: Ganz österreichisch wurde erklärt, es wäre zuviel Alkohol im Spiel gewesen, und eine neuerliche Abstimmung anberaumt!

Die gewonnene Zeit ließen die GegnerInnen aber nicht ungenutzt verstreichen. Informationsarbeit wurde geleistet; unter anderem mit einer sehr gut besuchten Podiumsdiskussion, bei der die FusionsgegnerInnen Gegenkonzepte entwickeln konnten: Statt bloß formaler Fusion bei gleichzeitiger Zerstückelung der gewachsenen Produktionen (die auch Entlassungen oder lange Pendelwege für viele MolkereiarbeiterInnen mit sich gebracht hätte) sollte die Eigenständigkeit der Einzelbetriebe gewahrt bleiben, die jeweiligen Spezialprodukte aber mittels gemeinsamer Vermarktung unter die Leute gebracht werden.

Die Informationsarbeit zeigte ihre Wirkung: 306 BäuerInnen stimmten gegen die Fusion; nur 313 folgten den Regieanweisungen der Raiffeisen- und Landwirtschaftskammerfunktionäre. Die für die Fusion notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde deutlich verfehlt. In Salzburg gibt es immer noch drei selbstständige Molkereien. Die "SiegerInnen", also die FusionsgegnerInnen, wollen nun die Verwirklichung der gemeinsamen Vermarktungskonzepte einfordern.

Boycott beendet! (????)

US-amerikanische Schwulen- und Lesbengruppen haben den vor einem Jahr ausgerufenen Boycott von Produkten des Phillip-Morris-Konzerns beendet. Die Leitung

des Konzerns, der wegen seiner Unterstützung des rechtsradikalen und schwulen- und lesbenfeindlichen Senators Jesse Helms boykottiert wurde, hatte zugesagt, die Unterstützung US-amerikanischer AIDS-Hilfen zu verdoppeln. Die Unterstützung Helms wollen die Manager jedoch nicht einstellen. Die OrganisatorInnen erklären, das Ziel des Boykotts sei zwar nicht erreicht worden, es habe sich aber deutlich gezeigt, daß Lesben und Schwule einen nicht zu vernachlässigenden Wirtschaftsfaktor darstellen. Und dies sei ein Erfolg!

SchokoladeliebhaberInnen dürfen sich freuen: Milka-Schokolade (Suchard gehört zu Phillip Morris) darf von Linken wieder öffentlich gegessen werden, allerdings nur im Bewußtsein, damit auch weiterhin Rechtsradikale zu Unterstützen (ähnliches wird beispielsweise Idefonso nachgesagt). Doch die Zeit der Not ist nicht zu Ende: US-amerikanische Lesben- und Schwulengruppen haben einen neuen Boycott ausgerufen. Betroffen sind Bands mit schwulenfeindlichen Texten, darunter "Snap", "Guns 'N Roses", "Big Daddy Kane", "Audio Two" und (jetzt wirds hart) "Public Enemy"...

Lesben- und Schwulenhäuser für Linz

Die Linzer Lesben- und Schwuleninitiativen haben eine Initiative zur Einrichtung eines Lesben- und Schwulenhauses in Linz ins Leben gerufen. Sie fordern von der Stadt Linz die Bereitstellung eines geeigneten Objekts, das in Selbstverwaltung geführt werden soll. Bisher konnten über 200 Unterschriften gesammelt werden. Unterschriftenlisten gibts bei der Zeitschrift "Blickwechsel, eine schwullesbische Zeitschrift für JedeN", Postfach 385, A-4010 Linz.

Staatlicher Terror gegen Baskinnen

"Die Opfer haben beschlossen, zu den Waffen zu greifen". Alle ETA-Mitglieder, Familienangehörige und Freunde, schließlich alle baskischen Politiker oder Trafiken, die die linke baskische Zeitung "Egin" vertreiben, "werden exekutiert". Mit einem Komunique diesen Inhalts meldete sich 1985 eine "Antiterroristische Befreiungsgruppe" (GAL) bei spanischen Zeitungen. Seitdem gingen 33 Anschläge mit 27 Todesopfern auf das Konto der "GAL". Von Autobomben gegen Exil-Etarras und Überfällen per Motorrad bis zu Schußwaffenattentaten auf vollbesetzte Lokale, in denen sich vorwiegend BaskIn-

nen treffen (Attentate der GAL wurden auch im französischen Teil des Baskenlandes verübt.) reichte das Repertoire der GAL, bis sie 1988 über auffällig luxuriöse Lebensführung stolperte. Zwei Polizisten hatten mit Geld nur so um sich geworfen, und waren zwei Journalisten aufgefallen, die der GAL auf der Spur waren. Die Aufgabe der Luxuspolizisten war es gewesen, potentielle Attentäter, vorwiegend aus Portugal, mit Geldern aus einem staatlichen Geheimfonds anzuwerben und ihnen die Angriffsziele mitzuteilen. Im zur Zeit stattfindenden Prozeß gegen die GAL-Polizisten bleibt jedoch der Aspekt der staatlichen Urheberchaft und Unterstützung ausgespart. Nach Interventionen der Generalstaatsanwaltschaft und des "sozialdemokratischen" Ministerpräsidenten Felipe Gonzales darf bei der Sache nichts heraus-schauen. Und dem entsprechend hat die Staatsanwaltschaft in vielen Punkten auf Freispruch für die Angeklagten plädiert: So sollen sie keine öffentlichen Gelder mißbräuchlich verwendet haben, womit die staatliche Urheberchaft als quasi verfassungsmässig dargestellt wird.

Wann zerfällt Spanien?

Demnächst, würden wir meinen! Aber vorher gilt es das Überleben der finanzkrisengeschüttelten Zeitschrift zum Thema zu sichern. **EUSKADI INFORMATION** benötigt bis Ende 1992 dringend 200 Neuabos, um das langfristige Erscheinen zu garantieren. **EUSKADI INFORMATION** erscheint zweimonatlich als Zeitschrift der EUSKADI KORDINATION und ist für mindestens 30 DMSFr. im Abonnement erhältlich.

In der neuen Okt/Nov-Ausgabe:

Eskalation im militärischen Konflikt: Vier ETA-Militante ermordet - Schwerpunkt zur Situation der 550 baskischen Gefangenen - Schwulenbewegung in Euskadi - Dokument: Warum ETA in Europa spanische Interessen angreift - Baskenrock: Negu Gorriak und Su ta gar auf Europatounee - und vieles mehr

Abobestellungen oder Probenummern gegen einen 5 DM-Schein bei:

EUSKADI INFORMATION 

Postfach 7323 • CH - 8023 Zürich
Telefon & Fax ++41 1 272 77 04

Preiserhöhung unausweichlich? Das TATblatt braucht Geld! (insgesamt so etwa 100.000.-)

Wie schon seit geraumer Zeit bekannt, brauchen wir massig Geld. Es ist nicht möglich aus eigener Kraft überlebensnotwendige Investitionen durchzuführen. Noch immer fehlt uns fließendes Wasser im Büro, ein leerer Raum wartet nur darauf, durch Dunkelkammer und Reprokamera einer sinnvollen Verwendung zugeführt zu werden. Vom Fehlen eines Faxgeräts und eines Kopierers ganz zu schweigen.

Der neuerliche Zwischenstand:

Das Geld fließt, aber leider viel zu langsam. Bis jetzt wurden 12.451,36 auf unser Konto gespendet, es fehlen also noch immer 87.548,64

Von den zusätzlich benötigten 400 Abos fehlt bisher jede Spur. Es kamen zwar neue LeserInnen dazu, doch bis 400 ist's noch ein weiter Weg.

Wohin führt der Weg?

Falls sich bis Jahresende unsere Zielvorstellungen nicht realisieren lassen, steht eine Preiserhöhung des TATblatts ins Haus. Das freut uns zwar gar nicht, ist aber für uns eine Überlebensfrage.

Also: haut eure FreundInnen an, das TATblatt zu abonnieren, sucht Leute die etwas Geld über haben, um es uns sogleich in den Rachen zu werfen.

Wir werden laufend über die Spendenkampagne berichten (liegt ja irgendwie in unserem Interesse); es liegt wirklich auch in eurer Hand, wie's ausgeht.

In diesem Sinne

auf daß das TATblatt noch lange lebe!?

Wir suchen dringendst HandverkäuferInnen Wir bieten ös 5,- pro verkauftem Exemplar

Das TATblatt gibt es ab jetzt jeden Dienstag ab 18 Uhr im Büro (Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien) abzuholen. Nähere Infos gibt es stets unter der Nummer 0222/ 56 80 78

Wie schon an anderer Stelle in diesem Betrifft erwähnt, wollen wir kein Konsumartikel sein. Da aber nunmal alles relativ ist, und wenn schon, dann ordentlich, präsentieren wir nun brandneu und exklusiv:

Der Autonome Warenkorb



AWK 1: 1 TATblatt-Abo für 20 Ausgaben + 1 TATblatt-Leiberl "Stopp dem Autoterror" + 1 TATblatt-Werbeplakat + die historische Minus-101-Nummer, das erste TATblatt von immer und überhaupt!

jetzt nur kurze Zeit um sagenhafte S 499,-

AWK 2: 1 TATblatt-Abo für 10 Ausgaben + 1 Bauanleitung für PiratInnensender vom Autonomen Stadtfernseh/Stadtradio + 1 TATblatt-Werbeplakat + die klassische Minus-101-Nummer des TATblatts

ebenfalls nur kurze Zeit um nicht minder sagenhafte S 499,-

Der Super-AWK 3: 1 TATblatt-Abo für 20 Ausgaben + 1 TATblatt-Leiberl "Stopp dem Autoterror" + 1 Bauanleitung für PiratInnensender + 3 TATblatt-Werbeplakate + die einzigartige TATblatt-Minus-101-Nummer

zum Vorteilspreis von nur S 999,-

(alle Angebote ohne Gewähr! Die einzelnen Warenkorb-Bestandteile sind freilich auch einzeln erhältlich! TATblatt-Abos für 10 Ausgaben um S 96,-, für 20 Ausgaben um S 190,-; Leiberl um S 100,- plus Porto; Plakate nach Vereinbarung und die Minus-101-Nummer um S 20,- plus Porto. Bestellungen möglichst mittels beiliegendem Erlagschein! Die Senderbroschüre mit doppeltem Kuvert bestellen, wo im inneren Kuvert S 170,- und deine Adresse sein sollte!)

Betrifft: TATblatt

Na also, schon wieder ein TATblatt das zu spät erscheint. Doch bis zum jetzigen Zeitpunkt, da ich dieses "Betrifft" tippe, hat uns die Technik nicht im Stich gelassen. Wir haben es vielmehr nicht geschafft zum Redaktionsschluß die Zeitung zu füllen und weil wir keinen Bock hatten eine dünne und relativ fades TATblatt zu produzieren, haben wir's um eine Woche verschoben. Doch diese Inhaltsleere liegt nicht nur in unserem Bereich:

* viele Leute kommen mit ihren Artikeln viel zu spät (Redaktionsschluß sollte nämlich Dienstag vor Erscheinen und nicht Donnerstag spätabends bis Samstag mittags sein), drücken sie uns dann oft halbfertig oder handgeschrieben in die Hand und wir sollen dann hackeln - so gehts nicht GenosInnen!!!

* von vielen "actions" erfahren wir oft nur über fünf Ecken, oder überhaupt aus Tageszeitungen - wo bleibt denn das Interesse der Leute ihre Inhalte zu vermitteln?

Wir stehen dann oft vor der Situation entweder nur die Hälfte zu wissen, oder vor der Frage ob wir von bürgerlichen Zeitungen abkupfern sollen.

Ein offenes Medium lebt davon genutzt zu werden und sollte nicht nur zum Konsumartikel verkommen. Also: rückt eure Infos gefälligst raus!

Doch nun zu weiteren TATblatt-Internas: Letzte Woche hat sich wieder mal das gesamte Kollektiv zusammengesetzt, um über die nahe Zukunft des TATblatts zu palavern. Dabei ist unter anderem klar geworden, das wir zwar nicht weniger werden, aber für die meisten von uns die Zeit knapper wird. Da gibt es Menschen unter uns, die sich der regelmäßigen Lohnarbeit ausgeliefert haben, andere wollen sich gar öfters auf der Uni blicken lassen, ein anderer will gar das Land im Rahmen des Zivildienstes umfassend verteidigen, und es gibt auch Leute die einfach mal abhauen wollen, um was neues zu probieren.

Tja, neue Leute mit Power wären angesagt, und weil das TATblatt nicht nur zum Vergnügen da sein soll, laden wir alle Interessierten zu einem TATblatt-EinsteigerInnen-Treffen ein:

Montag, den 21.10.1991, 19 Uhr
Gumpendorferstr.157/11, 1060 Wien
Tel.: 56 80 78

Da könnt ihr dann die ChaosInnen des Kollektivs kennenlernen, und euch anschauen wo das fabelhafte (räusper...) und stets pünktliche (noch mehr räusper...) TATblatt produziert wird. Also rafft euch auf und kommt massenhaft!

Leute aus den Bundesländern sind 1.) ganz, ganz viel + sehr erwünscht und 2.) sollten sie uns vorher anrufen, damit wir Schlafplätze organisieren können.

Liebe + Kraft
(einer vom Kollektiv)

TERMINE

Wien

- FLEX 12.)Arndtstr.51, Zerschlagt die Nazibanden !!!
Dead Mountains :15.10.
SFA (N.Y.C. Hard)
18.10. Cash n' Carry DJ - Linie
22.10. So much hate (oslo) Seven Sioux
25.10. Spezial 7" EP's
27.10. Sink (GB) Urge (D) Mother (nl)

499 Jahre Eroberung & WIDERSTAND

- 16.10. 19.00, Rennerinstitut Hoffingerg.28, FMLN Kommandant Mario Lopez: El Salvador
17.10. 19.00, Plösslg.15, Befreiungstheologe Fernando Castillo: 500 Jahre politisches Christentum in Lateinamerika
19.10. 14.00, im WUK 9.)Währingerstr.59, Aktionstag, Eine - Welt - Bazar & Fest

VHS Stöberg.: Sicherheitspolitik im gesellschaftlichen Wandel

- 24.10. 18.30, "Grenzenlose Sicherheit"
14.11. 18.30, "Produktname Jugend 2000"
05.12. 18.30, "Feindbilder — Vor (ur) teile"
16.12. 18.30, "Sicherheits — statt Sozialpolitik?"

VHS Favoriten 10.)Arthaberplatz 18: Mo. 19.00 — 21.00 10 Abende ab 07.10. Einführung in die Philosophie des westl. Marxismus

VHS Hernal: Selbstverteidigung für Frauen "nicht Sport sondern Notwendigkeit", Fr. 18.00 — 19.30 8 Abende ab 11.10. ös 370

CHUZPE 9.)Marktg.21 — 23, 26.10. (Nationalfeiertag) 18.00, Die österr. Bundesverfassung

WUK 9.)Währingerstr.59: Europa ist MEHR als eg & ewr, 17.10. 19.00, Thomas Maurer Tini Tini, the only solution, B.O.R.B.

EWR — VOLXBE-GEHREN 11 — 18. Nov

Republikanischer Club 1.)Rockg.1 : 22.10. 19.00, Staatsbürger oder Untertanen?

Amerlinghaus 7.)Stiftg.8: "Kolporture in Österreich — Menschen 3. Klasse", 12.11. 19.00

Volk ohne Rechte (Sinti Roma)

18.10. 17.30 Über Geschichte, Kultur und Lebensform der burgenländischen Roma

18.10. 19.30 Musik: Programm der Romatanzgruppe Oberwart

19.10. 17.30 Zur Situation der Roma in Rumänien

19.10. 19.30 Film: Am Rande der Stadt — Zur aktuellen Situation der Roma in Rumänien von Renata Erich. Anschließend spricht sie über ihren Film.

25.10. 17.30 Zur aktuellen Situation der Roma in der UdSSR

25.10. 19.30 Musik: Ensemble Zipflo Weinrich

26.10. 17.30 Die Musik der Roma in Österreich, mit Musikbeispielen

26.10. 19.30 Musik: Fest zum Nationalfeiertag mit RomamusikerInnen

27.10. 15.00 mit VertreterInnen der Romani Union aus Ungarn, CSFR, Rumänien, UdSSR, Deutschland, Jugoslawien, Österreich und österreichischen PolitikerInnen, Volk ohne Rechte — Strategien zur Überwindung von Vorurteilen, Diskriminierung und Verfolgung eines Volkes mit erwachendem Selbstbewußtsein!!, Diskussionsleitung: Renata Erich (Ort dieser Veranstaltung steht noch nicht fest)

27.10. 19.30 Abschlußfest mit Musik

HOSI — Zentrum 2.)Novarag.40 : AIDS INFOWOCHE

15.10. 20.00 Aids leben spielen

16.10. 20.00 Lesben Medizin Hexenwissen

17.10. 20.00 Soziale u. sozialrechtliche Aspekte v. Aids

22.10. 20.00 Aids Update 91 medizinische Entwicklungen u. Erkenntnisse

24.10. 20.00 Ullis letzter Sommer — das langsame sterben mit Aids

30.10. 20.00 Lesben u. Aids (k)ein Thema

B.A.C.H. Bachg.21,

TATblatt-EinsteigerInnen-Treffen

Montag, 21. Oktober, 19 Uhr
im TATblatt-Wienbüro, Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien

Für alle, die etwas mehr über das TATblatt wissen wollen; wie und warum es produziert wird, wie die MacherInnen aussehen und natürlich für alle, die irgendwie sich vorstellen könnten eventuell mitzumachen!

18.10. 20.00, Gitarrensolo Sylvia Juncosa (usa)

20.10. 20.00, underground Uncle Wiggly

25.10. 20.00 hard Fuckhead (a)

26.10. 20.00 underground Cocret Boots (a) Sabot (usa)

18.10. 20.00, josh & emotions

Linz — Stattwerkstatt, 21.10. 20.00 so much hate, seven sioux

26.10. 21.00 Urge (d) mother (nl)

Burgenland

Oberwart — Offenes Kulturhaus, 26.10. 19.00 Radiolabor Ausstellung

Oberösterreich

Wels — Schlachthof,

In einer Zeit, in der selbst das dickste Brett vorm Kopf als metaphysische Schwingung scheint ...



antifaschistischer
KALENDER 1992

Bestelladresse: UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster
Ab August '91 in vielen linken Info-und Buchläden

Das TATblatt

Ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erläuternde vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen:

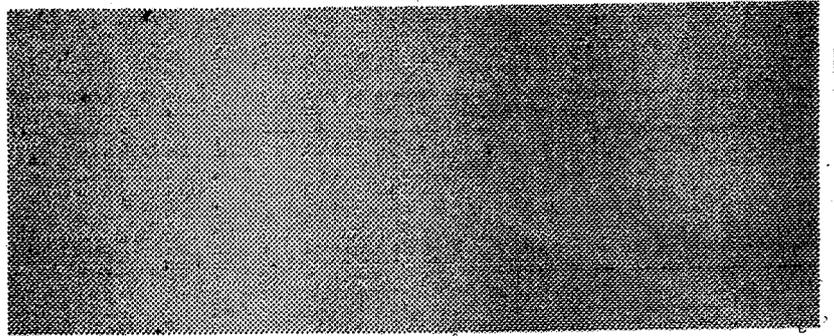
NEU: jeden Dienstag! um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpfeiler unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto; P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

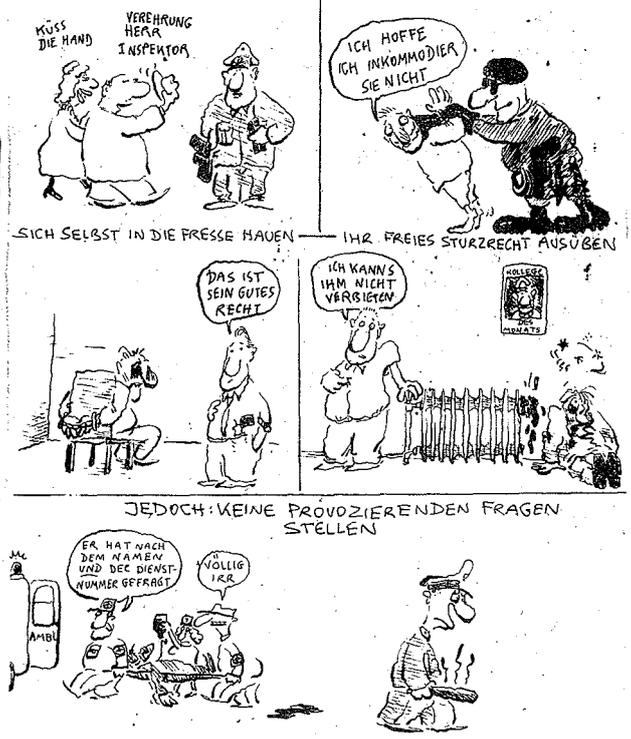
Redaktionelle Beiträge sind als solche bezeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.

MUCH-SPEZIAL

RESPEKTVOLL GRÜSSEN

SICH GESTUM VERHALTEN

DAS NEUE BÜRGERBEFUGNISGESETZ BÜRGER DÜRFEN STRAFLOS



...und im Einzelnen:

- WIEN 1:** ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Kieam (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990